

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 7.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 17. Februar 1912.

Redakteur: H. Heilmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

14. Jahrg.

Wollen und Wirken.

Das „Wollen“ ist das Fundament
für all dein Tun und Lassen,
Drum sei das Erste, daß du mußt
Den rechten Vorsatz fassen.

Und ist dein „Wollen“ gut bestellt,
Willst du nur Schönes, Gutes,
Dann frisch an das beschlossene Werk
Und wirke frohen Mutes.

Doch „Wollen, Wirken“ sei'n besonnt
Vom gold'nen Ideale,
Das unverrückt dir leuchten muß
Mit seinem ew'gen Strahle.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften.

Bisher haben wir vorwiegend jene volkswirtschaftlichen Werte hervorgehoben, die die Gewerkschaften durch die Hebung des Arbeiters als Konsumment schaffen. Wir zeigten, wie das erhöhte und stabilere Einkommen des Arbeiters seine Kaufkraft stärkt, den Konsum erhöht und verfeinert, und so belebend und kräftigend auf unser Wirtschaftsleben einwirkt. Es bliebe uns nun noch übrig, die volkswirtschaftlichen Verdienste zu berühren, die sich die Gewerkschaften durch die Förderung der Produktivität der Arbeit erwerben.

Das durch die Gewerkschaften erzielte vermehrte Einkommen ermöglicht dem Arbeiter, sich gut zu ernähren. Dadurch wird seine

körperliche Widerstandskraft erhöht.

In selben Sinne wirken die von den Berufsorganisationen angestrebte Verkürzung der Arbeitszeit und die Arbeiterschutz- und Versicherungsgeetze, deren Ausbau ja ebenfalls zu einem guten Teil dem entschiedenen Eintreten und der Vorarbeit der gewerkschaftlichen Organisationen zu verdanken ist. So kommen die materiellen Errungenschaften der Gewerkschaften in Form einer erhöhten Leistungsfähigkeit des Arbeiters wiederum unserer Volkswirtschaft zugute.

Wendestens ebenso groß sind auch die Vorteile, die die Volkswirtschaft aus der von den Gewerkschaften mit Eifer betriebenen

Aufklärungs- und Erziehungsarbeit

genießt. Je intelligenter und geistig regjamer der Arbeiterstand ist, desto eher vermag sich unsere Volkswirtschaft zu behaupten und weiter zu entwickeln. Wenn das für die in England zum Verkauf gelangenden deutschen Waren vorgeschriebene „Made in Germany“ aus einem Abschreckmittel zu einer besonderen Empfehlung geworden ist, so sicherlich nicht zuletzt infolge der Intelligenz und des geistigen Hochstandes der deutschen Arbeiterschaft. Der aber wäre ohne die moderne Gewerkschaftsbewegung kaum erreicht worden.

Diese hebt den Arbeiterstand aber nicht nur geistig, sie löst auch moralische Kräfte aus. Die Gewerkschaft weckt und

fördert das Selbstbewußtsein

des Arbeiters. Sie macht aus dem, durch das Gefühl unbedingter Abhängigkeit niedergedrückten, an der Möglichkeit, sich emporzuarbeiten verzweifelnden und darum auch beruflich uninteressierten, einen aufrechten, von Berufsstolz erfüllten und vorwärtstrebenden Arbeiter. Einen Arbeiter, der

sich der volkswirtschaftlichen Bedeutung seines Standes, wie auch der Kraft bewußt ist, die ihm der Zusammenschluß mit seinen Berufs- und Standeskollegen verleiht. Der Arbeiter wird zwar bestrebt sein, für sich und seine Standesgenossen einen angemessenen Anteil an den Kulturgütern unserer Zeit zu erringen. Er wird aber auch nicht vergessen, daß er nur bei einer gesteigerten Produktivität der Arbeit auf die Dauer seine Wünsche und Bedürfnisse zu befriedigen vermag. Das wird sein Verantwortlichkeits- und Pflichtgefühl wecken und vertiefen; wird für ihn Veranlassung sein, durch berufliche Fortbildung, durch gewissenhafte Verrichtung der Arbeit und rationelle Verwertung des ihm anvertrauten Materials seinerseits zur Erhöhung der Produktivität der Arbeit beizutragen.

Den schönsten Beweis, wie große volkswirtschaftliche Verdienste sich die Gewerkschaften durch diese Aufklärungs- und Erziehungsarbeit erworben haben, zeigt uns ein Blick in die

gewerkschaftlich noch unerschlossenen Textilgebiete.

Welcher Kontrast ist z. B. zwischen der rheinisch-westfälischen Textilarbeiterschaft und jener Schlesiens oder der elsässischen Vogesentäler. Erstere eine wirtschaftlich vorwärtstrebende, geistig regsame Arbeiterschaft, die den Anforderungen einer technisch hochentwickelten Industrie jedenfalls weit eher zu entsprechen vermag, wie die vielfach dahingeratene, körperlich und geistig tiefliegende Arbeiterschaft der letztgenannten Textilgebiete. Zweifellos steht sich die rheinisch-westfälische Textilindustrie mit ihrer Arbeiterschaft trotz der von ihr gezahlten höheren Durchschnittslöhne wesentlich besser als die schlesische und elsässische. In diese kulturell zurückgebliebene Gegenden nun dringt die Gewerkschaftsbewegung ein. Sie rüttelt die Arbeiter auf aus ihrer stumpfsinnigen Gleichgültigkeit und aus ihrer kulturfeindlichen Bedürfnislosigkeit. In mühevoller, zäher Kleinarbeit legt sie den Grund und schafft die Vorbedingungen für den wirtschaftlichen und geistig-sittlichen Aufstieg der Arbeitermassen. Das ist zweifellos sowohl rein menschlich wie auch volkswirtschaftlich bewertet eine verdienstvolle Tat. Denn eine weitere Degeneration dieser Arbeiter wäre gleichbedeutend mit der Vernichtung unentbehrlicher volkswirtschaftlicher Werte und dem allmählichen Ruin der Industrie, deren Entwicklungsmöglichkeit unterbunden würde.

Das Streben der Gewerkschaften, eventl. selbst unter Anwendung der Arbeitseinstellung, dem Arbeiter einen gerechten Anteil am Arbeitsvertrag zu erlangen, ist auch

für die Industrie selbst ein gutes Erziehungsmittel.

Solange Gewerkschaften nicht bestehen, ist für diese die Versuchung groß, sich auf Kosten der Arbeiter, mittels niedriger Arbeitslöhne und langer Arbeitszeit, konkurrenzfähig zu erhalten. Sind die Arbeiter organisiert, so hört das auf. Die Arbeiterschaft wird nun nicht nur die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erhalten, sondern diese weiter zu verbessern suchen. Dadurch wird der Unternehmer gleichsam gezwungen, seinen Betrieb technisch zu vervollständigen. Er wird naturgemäß bestrebt sein, die durch die Aufbesserung der Löhne oder durch die Verkürzung der Arbeitszeit eingetretene Erhöhung der Produktionskosten durch eine Steigerung der Produktion wieder wett zu machen. Zu dem Zweck werden alte, müder leistungsfähige Maschinen ausrangiert und durch neue, leistungsfähigere ersetzt. Aber nicht nur das, der Unternehmer wird auch darnach trachten, die Arbeitsmethoden zu verbessern. Er wird ein zweckmäßiges, Zeit- und Wertverluste möglichst vermeidendes Ineinander-

greifen der Arbeit und ferner eine rationellere Ausnutzung der Rohstoffe und sonstigen Arbeitsmaterialien anstreben. Der denkende und vor allem der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter wird dem Unternehmer hierbei keine Schwierigkeiten machen, wenn die Interessen der Arbeiterschaft gebührende Berücksichtigung finden. Die Zeiten, da die Arbeiter dem Fortschritt und jeder produktiven Reorganisation des Betriebes den Krieg erklärten, sind endgültig vorbei. Vor allem dem echten Gewerkschaftler ist eben — wie wir schon oben betonten — erhöhte Leistungsfähigkeit der Industrie Bedingung zur Verkürzung der Arbeitszeit und des Arbeitseinkommens.

Auch die von den Gewerkschaften erstrebte feste Lohnnormierung, vor allem durch tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, ist geeignet,

die Arbeitsleistung zu erhöhen.

Nicht selten hört man Unternehmer darüber klagen, daß Arbeiter absichtlich die Arbeitsleistung verringern, um nicht über ein bestimmtes Arbeitsquantum hinauszukommen. Das passiert in erster Linie dann, wenn feste Lohnlisten nicht bestehen und der Arbeiter bei Ueberschreitung einer gewissen Lohnhöhe eine Reduzierung des Arbeitsmaßes und — falls es sich um unorganisierte Arbeiter handelt — vielleicht sogar einen direkten Abzug am verdienten Lohn zu gewärtigen hat. Wir haben selbst derartige Fälle genug miterlebt. Es sind in der Regel gerade die geschicktesten Arbeiter, denen es passiert. Die haben dann naturgemäß kein Interesse mehr an intensiver Arbeit, da solche ihnen selbst und ihren Mitarbeitern zum Nachteil gereicht. Derartigen Lohnreduzierungen beugt die Gewerkschaft vor. Sie bietet dem Arbeiter ausreichende Garantie dafür, daß ihm der verdiente Lohn auch ausbezahlt wird. Das trägt zweifellos dazu bei, die Arbeitsintensität zu steigern, zu Nutz und Frommen nicht nur des Arbeiters, sondern auch des Arbeitgebers und der gesamten Volkswirtschaft.

Endlich wäre noch zu erwähnen, daß die materielle Hebung des Arbeiterstandes im Verein mit der auch von den Gewerkschaften betriebenen Erziehung desselben zur Wirtschaftlichkeit, zweifellos auch den

Sparjann fördert.

Von den auf den Sparkassen deponierten Sparkapitalien wird ein steigender Teil von Arbeitern eingelegt. Diese Summen finden wiederum in unserer Volkswirtschaft Verwendung. Sie kommen auch der Industrie zugute, wenn nicht direkt, so doch durch die Entlastung des Kapitalmarktes.

Das Gesagte dürfte genügen, um darzutun, daß die Gewerkschaften nicht nur durch die Erhöhung und Verfeinerung des Konsums, sondern auch durch die Steigerung der Produktivität der Arbeit große volkswirtschaftliche Werte schaffen. Und speziell in der Textilindustrie haben wir in der Beziehung die Grenze noch lange nicht erreicht. Wenn heute von einzelnen Nationalökonomien befürchtet wird, jede weitere Belastung der Industrie durch Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bedente eine Verringerung deren Produktivität und damit eine Verminderung volkswirtschaftlicher Werte, so trifft dies jedenfalls auf die für uns in Betracht kommende Textilindustrie nicht zu. Gerade die Textilindustrie ist noch sehr wohl in der Lage — wenigstens in gewissen Gegenden — jedes Zugeständnis an die Arbeiter durch eine rationellere Betriebsweise und dank der sich steigenden Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft wieder wett zu machen. Und hier sollten die Unternehmer eigentlich die ein solches Bestreben indirekt unterstützende Tätigkeit der Gewerkschaftsorganisationen dankbar anerkennen.

Die deutsche Textilindustrie und ihre ausländische Konkurrenz.

Soll unsere deutsche Textilindustrie nicht für dauernd zurückgeworfen werden, sich vielmehr innerlich kräftigen und vorwärts entwickeln, bedarf sie eines Schutzzollens für die einzelnen, der Auslandskonkurrenz ausgefetzten Zweige. Das gilt sowohl für die Halbe als für die Ganzfabrikate, für die Spinnerei sowohl als für die Weberei. Sollten die Textilzölle abgeschafft sein, wie es die freihändlerische Sozialdemokratie und das mit ihr in dieser Frage verbündete große Handelskapital will, dann würden bei den jetzigen Verhältnissen die deutschen Textilwaren nicht bloß im Inlande bald niederkonkurriert worden sein, sie würden auch im Weltmarkt den scharfen Wettbewerb nicht aushalten. Denn wie die Dinge nun einmal liegen, kann die deutsche Textilindustrie in erster Linie deshalb in den harten Konkurrenzkampf mit den Waren anderer Länder eintreten und ihn erfolgreich bestehen, weil ihr durch entsprechend hohe Zölle der Inlandmarkt gesichert ist. Schutzpolitik ist für Deutschlands Textilgewerbe gesunde Heimatpolitik und zugleich weitschauende Welt-handelspolitik. Zielen die Zölle, würden die Verbraucher vielleicht ihre Kleidung billiger kaufen können, aber die Billigkeit der Textilwaren läge dann begründet in der großen Armut der deutschen Textilarbeiter. Und heute ist die deutsche Textilindustrie so fest verankert in unserer ganzen nationalen Volkswirtschaft, daß auch diese einen unberechenbaren Schaden durch eine Zollfreiheit für Textilwaren erleiden müßte.

Unsere deutsche Textilindustrie ist des Zollschutzes um so bedürftiger, als sie gegenüber ihren ausländischen Wettbewerbern in manchen Punkten im Nachteile ist. Wir wollen nicht hinweisen auf die Textilindustrie jener Länder, deren Konkurrenz möglich ist infolge der Standsverhältnisse ihrer Arbeiter, infolge der Hungerlöhne, der unbegrenzten Arbeitszeit, der maßlosen Ausbeutung von Frauen- und Kinderkräften. Hier soll vielmehr Bezug genommen werden auf die Stellung der entwickelten Industrieländer im Weltmarkt mit Textilwaren, wobei wir bemerken, daß die einzelnen Punkte nur andeutungsweise genannt werden können.

Nehmen wir zunächst das bedeutendste Konkurrenzland: England. Englands Textilindustrie ist die älteste, weltbeherrschende. Alle bedeutenden Erfindungen auf dem Gebiete des Maschinenwesens, namentlich der textilen Technik, sind von England ausgegangen. Durch eine viele Jahre geübte scharfe Abperrung hat England es sich ermöglicht, die Erfindungen bis auf äußerste auszunutzen, seine Industrie hochzuziehen und innerlich zu kräftigen. Als es zum Freihandel überging, hatte es mit Hilfe seiner bedeutenden Handelsflotte seinen Textilwaren in fast aller Herren Länder einen sicheren Markt erobert. Diesen Vorsprung einzubüßen ist den neueren Industrieländern, so Deutschland, nur unter Aufbringung großer Opfer möglich. Die englische Textilindustrie hat den Namen; das Vorurteil des Publikums spricht für sie. In allen Ländern der Erde sitzen englische Kaufleute, englisches Kapital, werden mit englischen Maschinen Fabriken gebaut, überall reicht englischer Einfluß hin und mit ihm englische Textilwaren. Der gewaltige Absatz Englands nach seinen Kolonien soll nur nebenbei erwähnt werden. Auch die englische Textilmaschinenteknik ist den andern Ländern zum Teil weit überlegen. Die deutsche Textilmaschinenindustrie liefert auch vorzügliche Sachen und kann sich in einigen Artikeln mit englischen sehr gut messen, aber in manchen Maschinen ist sie gegenüber der englischen Konkurrenz doch zurück. Ist doch Englands Textilmaschinenindustrie über hundert Jahre alt. Ferner steht England in der Herstellung seiner Garne an der Spitze der Baumwollindustrie aller Länder. Das ist zurückzuführen auf die entwickelte Maschinenteknik, auf die Qualifiziertheit der Arbeiter und nicht zuletzt auf das in Englands Spinnereibezirk vorhandene Klima. Die insulare Lage gibt dem Lande eine Luftbeschaffenheit, die dem Spinnprozeß außerordentlich günstig ist. In Deutschland müssen in den Spinnereien die notwendigen Feuchtigkeitgrade künstlich hergestellt werden; die Anlagen aber sind kostspielig und die Luftbeschaffenheit ist nicht so gleichmäßig und gut. Da liegen bedeutende Vorteile der englischen Textilindustrie.

Aber auch die Kapitalbeschaffung ist in Englands Textilindustrie leichter und billiger als in Deutschland. Und schließlich ist die ganze Organisation des Gewerbes außerordentlich viel vorteilhafter als bei uns. Die deutsche Textilindustrie ist zerteilt, dezentralisiert über ganz Deutschland, auf Stadt und Land. In England ist sie an einem günstigen Punkte zentralisiert. Das verbilligt und verbessert die Produktion, verringert die Kosten, die Transportkosten und fördert namentlich die Erziehung einer tüchtigen Arbeiterkass, die auf ihre Arbeit „eingeschult“ ist. Das fördert die Bildung von beständigen Textilarbeiterfamilien, in denen sich die Berufszugehörigkeit traditionell fortplant, etwa wie in unsern alten deutschen Bergarbeiterfamilien. Ferner sei hingewiesen auf die sehr guten Organisationsverhältnisse in englischen Unternehmertreuen, wodurch es der Industrie, namentlich auch,

da eine gut organisierte Arbeiterschaft vorhanden ist, leichter möglich ist, sich den Konjunkturschwankungen anzupassen.

Ferner ist in England die Kohle billiger als in Deutschland, die Kohलगewinnung ist dort leichter und billiger, der Transport zu den Fabriken hat nicht den weiten Weg und ist nicht so kostspielig. Dasselbe gilt von der Eisenerzgewinnung. „Großbritannien hat als unbestrittene Vorzüge“, sagt Prof. Dr. Doppel, „nicht nur das Alter und die selbständige Entwicklung der Industrie in Verbindung mit seiner vorherrschenden Stellung als erste See- und Handelsmacht der Erde, sondern auch die ausnehmend vorzügliche Lage seiner Industriegebiete im Verhältnis zu den Fundstätten von Kohle und Eisen sowie zu den Küsten. Die englischen Textilmittelpunkte... sind den Ein- und Ausfuhrhäfen dermaßen genähert, daß sowohl die Rohstoffe als auch die Fabrikate nur einen ganz kurzen Landtransport durchzumachen haben. In einigen Fällen können die Schiffe ihre Ladung fast unmittelbar an den Fabriken löschen und einnehmen. Den Vergleich damit hält die deutsche Textilindustrie entfernt nicht aus. Einmal ist sie nicht so konzentriert wie die englische, sondern in vier durch große Räume von einander getrennte Flächen und zahlreiche „Inseln“ zerfallen, die mit Ausnahme weniger Einzelabriken alle mehr oder weniger weit von den Seehäfen entfernt sind. Die der See noch am nächsten gelegenen Gebiete, das rheinisch-westfälische und das mitteldeutsche, sind von den Seehäfen im Mittelpunkt um das Achtfache weiter entfernt als das mittelenglische, nicht zu sprechen von dem schottischen und dem irischen, deren Fabriken sich teilweise unmittelbar an der Küste hinziehen. Und dabei ist das rheinisch-westfälische Gebiet vielfach auf auswärtige Häfen, niederländische, belgische, nordfranzösische angewiesen. Noch ungünstiger liegen die Verhältnisse für die südwestdeutschen und östlichen Bezirke; bei diesen steigt die Seeferne auf das Zwei- und Dreifache der mitteldeutschen oder auf das Zwanzig- bis Dreißigfache der britischen. Die dadurch bewirkte Erhöhung der Fracht trifft am stärksten die Rohstoffe, ist aber auch für die Fabrikate fühlbar.“

Vielleicht ist durch diese Ausführungen auch der „Textilarbeiter“ zu der Erkenntnis gekommen, daß die Vorteile der englischen Industrie doch auch in andern Punkten liegen als in der Zollfreiheit für — Kohlen.

Lassen wir Prof. Doppel, diesen ausgezeichneten Fachmann, auch reden über die Vorzüge, die die nordamerikanische Textilindustrie in ihrer Stellung zum Weltmarkt gegenüber der deutschen genießt. Er sagt: „Die Vereinigten Staaten sind vor all den in Rede stehenden Textilstaaten dadurch außerordentlich bevorzugt, daß für die Baumwollindustrie fast der ganze Rohstoff, für die Wolllindustrie der größte Teil desselben im Lande selbst gewonnen wird... Der gewaltige Vorteil in erster Beziehung wird oder wurde anfangs dadurch erheblich eingeschränkt, daß die Herstellungskosten wesentlich größer waren als in Europa; auch fehlte es vielfach an der nötigen Erfahrung. Aber diese Nachteile sind größtenteils durch enorme Einfuhrzölle wettgemacht. Einzig in ihrer Art ist die geographische Lage der Vereinigten Staaten für den Weltverkehr, denn sie liegt fast in der Mitte zwischen den Äksten und am dichtesten bevölkerten Kulturländern der Erde, ein Vorzug, der nur dadurch eine gewisse Einschränkung erleidet, daß die Textilgebiete sämtlich auf der atlantischen Seite liegen, im Westen aber ganz fehlen. Für die Ausfuhr aus den pazifischen Häfen tritt demnach eine lange und kostspielige Eisenbahnbeförderung erschwerend ein.“

Daß die Konkurrenz der Vereinigten Staaten außerordentlich gewinnt für seinen Handel mit Asien und Südamerika mit der Fertigstellung des Panamakanals, indem der Weg kürzer und der Transport wesentlich verbilligt wird, ist bereits in früheren Artikeln dieser Zeitung gesagt worden.

Auch für Frankreich führt Prof. Doppel die Vorzüge der geographischen Lage an. Die Haupthäfen und Textilbezirke befinden sich entweder mittel- oder unmittelbar an der Küste des Atlantischen Ozeans und des Mitteländischen Meeres. Gerade der wichtigste Hafen Frankreichs, zugleich der hervorragendste des Mittelmeeres nach Schiffsverkehr und Warenumsatz, Marseille, bedeutet Deutschland gegenüber, das vom Mittelmeer ausgeschlossen ist, einen bemerkenswerten Vorteil, der nicht nur für das Mittelmeer, sondern auch für Süd- und Ostafrika, Australien und die Südsee schwer ins Gewicht fällt. Die französischen Kanalhäfen liegen den Textilbezirken und zugleich den englischen und niederländischen Häfen näher als die deutschen.

Alles in allem ergeben sich im Weltmarkt mit Textilwaren für die französische, amerikanische und englische Industrie eine ganze Reihe von Vorteilen, die unser deutsches Gewerbe vermissen muß und die jenen Gewerben einen natürlichen Vorsprung gegenüber diesem gibt. Die deutsche Textilindustrie hat auf dem Weltmarkt einen außerordentlich schweren Konkurrenzkampf zu bestehen. Wenn sie dennoch in verhältnismäßig kurzer Zeit sich einen bedeutenden ausländischen Markt erobert hat, so zeigt das die Tüchtigkeit des deutschen Unternehmers und Kaufmannes, die Güte unserer Ware, den Fleiß, die Tüchtigkeit und Intelligenz der deutschen Textilarbeiter. Aber es ist auch ein Beweis

für die Güte unserer deutschen Wirtschaftspolitik. Der Schutz Zoll hat dem deutschen Textilgewerbe den Inlandmarkt gesichert. Das war notwendig, damit es gute Preise erzielen und auf dem Weltmarkt als Konkurrent auftreten konnte. Auf Grund unseres Zolltarifes haben wir mit den bedeutendsten Kulturstaaten Handelsverträge abschließen können, die auch dem Textilgewerbe zugute kommen.

Unsere deutschen Textilunternehmern muß es gelingen, auf dem Inlandmarkt gute Preise zu erzielen. Das liegt auch im Interesse der Arbeiter. Diese haben gar kein Interesse daran, daß die Textilwaren im Preise gedrückt werden. Sind dem Unternehmer durch den Schutz Zoll nach Möglichkeit gute Inlandspreise gesichert, dann kann er in den Weltmarkt mit seinen Konkurrenten draußen auf dem großen Markt der Welt eintreten. Darum ist die Schlussfolgerung: Schutz dem heimischen Gewerbe vor der ausländischen Konkurrenz, Abschluß guter Handelsverträge: so sichern wir uns auch ein ausländisches Geschäft und eine ständige Weiterentwicklung unseres schwer bedrängten Textilgewerbes.

Die neue gesetzliche Lage der Hilfskassen.

Wir unterscheiden bei den Hilfskassen zwischen solchen, deren Mitgliedschaft unter bestimmten Voraussetzungen (vor allem betreffs der Leistung) von der Zugehörigkeit zu den gesetzlichen Krankenkassen (Orts-, Betriebs- und Innungskassen) befreit, wenn der Beschäftigte diese Befreiung will (eingeschriebene freie Hilfskassen) auf Grund des § 75a des Krankenversicherungsgesetzes, und solchen, deren Mitgliedschaft keine Befreiung von der Zugehörigkeit zu den gesetzlichen Krankenkassen zuläßt; letztere sind als reine Zuschußkassen für deren versicherungspflichtige Mitglieder anzusehen (Arbeiter, Gesellen usw.). Die nichtversicherungspflichtigen Mitglieder beider Hilfskassenarten kommen bei dieser Umschreibung der Begriffe nicht in Betracht. Beide Arten von Hilfskassen gewähren ihren Mitgliedern kraft Gesetzes einen Rechtsanspruch auf die statutenmäßigen Leistungen. Ihre Rechtsverhältnisse sind im Hilfskassengesetz geregelt. Neben diesen Hilfskassen gibt es aber auch noch viele freie Vereine, die ihren Mitgliedern ein Krankengeld ohne Rechtsanspruch darauf gewähren; zu diesen sind auch die Gewerkschaften der Arbeiter zu rechnen. All diese freien Vereine der verschiedensten Art sind bei der nachfolgenden Besprechung der Neuregelung des Hilfskassenwesens ausgeschaltet, so daß wir es dabei nur mit den Hilfskassen beider Art zu tun haben.

Am letzten Sitzungstage des verfloffenen Reichstages (5. Dezember 1911) nahm derselbe in dritter Lesung neben anderen Gesetzen auch noch das Gesetz betreffend die Aufhebung des Hilfskassengesetzes (nicht der Hilfskassen selbst) an. In diesem Gesetz betreffs Aufhebung des Hilfskassengesetzes wurde im § 2 aber bestimmt, daß die Hilfskassen in Zukunft dem Gesetze über die privaten Versicherungsunternehmungen (Reichsgesetzblatt 1901), schließlich Versicherungsaufsichtsgesetz, unterstellt seien.

Schon im Jahre 1906 hat sich der Reichstag mit einem diesbezüglichen Gesetzentwurf der verbündeten Regierungen zu beschäftigen gehabt. Die Kommission des Reichstages hatte diesen Gesetzentwurf in manchem umgestaltet; wegen der Auflösung des Reichstags am 13. Dezember 1906 ist er aber nicht mehr vom Plenum desselben durchberaten und verabschiedet worden. In ihrem neuen Entwurf betreffs Aufhebung des Hilfskassengesetzes und Unterstellung der Hilfskassen unter das Versicherungsaufsichtsgesetz, zu dessen Durchführung das Aufsichtsamts für Privatversicherung zu Berlin geschaffen ist, hatten die verbündeten Regierungen bereits die 1906 in den damaligen Entwurf hineingearbeiteten Wünsche des Reichstags berücksichtigt, soweit sie nicht schon in der Reichsversicherungsordnung bezüglich der eingeschriebenen freien Hilfskassen (auf Grund des § 75a des Krankenversicherungsgesetzes eingeschrieben) vom Reichstage akzeptiert worden waren. Und hier sei gleich bemerkt, daß das sozialdemokratische Kommissionsmitglied von 1906, der frühere Reichstagsabgeordnete, Herr Arbeitersekretär Lesche-Hamburg, sich mit den damaligen Reichstagsbeschlüssen, die der erneuten, letzten Regierungsvorlage als Grundlage dienten, abgefunden hat; er sah also schon in den damaligen Beschlüssen keine Gefahr für die Hilfskassen. In das jetzt angenommene Gesetz betreffs Aufhebung des Hilfskassengesetzes und Unterstellung der Hilfskassen unter das Versicherungsaufsichtsgesetz sind aber noch mehrere sozialdemokratische Anträge aufgenommen worden, die jede, auch nur eingebildete, Gefahr für die Hilfskassen beseitigten; vor allem kann keine Hilfskasse aus politischen Gründen schikaniert werden. Wenn trotzdem die Sozialdemokraten, die gegen das neue Gesetz stimmten, wieder mal von einem Arbeitererrat unserer Kollegen im Reichstag und der bürgerlichen Parteien, die sämtlich für die Neuregelung waren, saßen, dann weiß man, was davon zu halten ist. Was 1906 bei dem Sozialdemokraten Lesche kein Verrat der Arbeiter war, kann 1911 auch kein Verrat derselben durch die christlichen Arbeiterabgeordneten sein, zumal das Gesetz von 1911 noch viel mehr den sozialdemokratischen Wünschen auf Ausgestaltung des Gesetzes Rechnung trägt, als die Kommissionsbeschlüsse zu dem Gesetzentwurf von 1906, mit denen sich Lesche abgefunden hatte. Das muß doch schließlich auch dem verbohresten Sozialdemokraten einleuchten.

Und warum, so wird man fragen, ist denn das Hilfskassengesetz aufgehoben und sind die Hilfskassen dem Ver-

sicherungsaufsichtsgesetz unterstellt worden? Weil sich herausstellte, daß auf anderem Wege die vielen Schwindelfassen, über die seit Jahr und Tag in der gesamten Arbeiterpresse geklagt wurde, nicht unterdrückt werden können. Daß aber etwas zur Bekämpfung der überall wie Pilze aus der Erde hervorwachsenden Schwindelfassen geschehen mußte, war einstimmige Meinung. Will man aber ein Ziel erreichen, dann muß man auch resolut den Weg beschreiten, der zum Ziele führt. Das hat denn der Reichstag mit dem neuen Gesetz auch getan, so daß in Zukunft folgender Rechtszustand herrschen wird (das neue Gesetz wird durch Kaiserliche Verordnung in Kraft gesetzt, mit Ausnahme der am Schlusse des Artikels besprochenen Bestimmungen, die sofort in Kraft tritt, so daß der Tag seiner Inkraftsetzung noch nicht bekannt ist; so lange gilt das bestehende Hilfsklassengesetz noch. Im kommenden Jahre wird aber wohl das neue Gesetz noch vollständig in Kraft gesetzt werden):

Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, die zum Betriebe der Versicherung ihrer Mitglieder gegen Krankheit befugt sind (so heißen in Zukunft in gesetzlichem Sinne die eingeschriebenen freien Hilfsklassen beider Art) unterstehen dem Versicherungsaufsichtsgesetz vom 12. Mai 1901 und bedürfen deshalb zwecks Zulassung zum Geschäftsbetriebe der Erlaubnis der Aufsichtsbehörde; ist diese erteilt, dann erhält der Verein (Hilfsklasse) als „Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit“ die Rechtsfähigkeit. Die Verfassung eines „Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit“ wird durch das Statut bestimmt. Die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb ist in der Zukunft für alle Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit notwendig, für die bestehenden Versicherungsvereine (eingeschriebenen Hilfsklassen) aber nicht. Jedoch darf die Erlaubnis nur unter bestimmten Voraussetzungen versagt werden. Darüber sagt § 7 des Versicherungsaufsichtsgesetzes:

„Die Erlaubnis zum Geschäftsbetriebe darf nur versagt werden, wenn:

1. der Geschäftsplan gesetzlichen Vorschriften zuwiderläuft;
2. nach dem Geschäftsplan die Interessen der Versicherten nicht hinreichend gewahrt sind oder die dauernde Erfüllung der aus den Versicherungen sich ergebenden Verpflichtungen nicht genügend darzulegen ist;
3. Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß ein den Gesetzen oder den guten Sitten entsprechender Geschäftsbetrieb nicht stattfinden wird.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.“

Mit diesem § 7 kann die Aufsichtsbehörde, die im allgemeinen das Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung in Berlin ist, die Schwindelfassen in der Zukunft unmöglich machen; sie werden nicht genehmigt, wenn die Voraussetzungen des § 7, Ziffer 2 und 3 vorliegen, oder man macht sie unmöglich durch den letzten Absatz des § 7. Damit aber mit dem dehnbarer Ausdruck von „den guten Sitten“ in Ziffer 3 des § 7 politisch oder religiös der Aufsichtsbehörde unliebbare Klassen nicht unterdrückt werden können, heißt es ausdrücklich in dem Gesetz betreffs Aufhebung des Hilfsklassengesetzes und deren Unterstellung unter das Versicherungsaufsichtsgesetz:

„Bei den Versicherungsvereinen des § 3 (das sind die hier in Betracht kommenden Hilfsklassen. D. M.) gelten die religiöse oder politische Überzeugung, ihre Betätigung außerhalb der Dienstgeschäfte und die Ausübung des Vereinsrechts seitens der Mitglieder, des Vorstandes oder der Angestellten, soweit nicht gegen die Gesetze verstoßen wird, an sich nicht als Grund zur Verjagung der Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb nach § 7, Nr. 3 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen.“

Damit ist der Aufsichtsbehörde eine mißbräuchliche Ausnutzung ihres Rechts nach Möglichkeit unterbunden.
S. Becker.

Familienchicksale großstädtischer Fabrikmädchen.

Unter dem Titel: „Das Leben junger Fabrikmädchen in München“, ist jüngst eine Schrift erschienen, die in übersichtlicher Klarheit von den Feststellungen und Untersuchungen berichtet, welche in einem Zeitraum von einhalb Jahren von Dr. Rosa Kempf, Lehrerin, gemacht wurden. Die Einzelheiten sind interessant genug, daß wir sie den Kolleginnen und Kollegen in Kürze zugänglich machen. Die bezeichneten Erhebungen erstrecken sich auf die Verhältnisse von 270 Fabrikmädchen, und zwar nur der 14-18 jährigen. Was hier aber besonders wichtig ist im Rahmen der ganzen Untersuchung, das sind die eingehend geschilderten Familienverhältnisse, in denen die jungen Mädchen aufwachsen und leben. Bezüglich der Materialsammlung schreibt die Verfasserin im Vorwort:

„Eine freundliche Erinnerung wird es mir bleiben, daß ich bei den Hunderten von Besuchen in Arbeiterfamilien, die noch dazu, soweit sie nicht Sonntags stattfinden konnten, an den Abenden abgefaßt werden mußten, — nur zu solchen Zeiten sind die berufstätigen Mädchen anzutreffen — sehr wenig Unangenehmes erlebt habe, ja daß ich über persönliche Unfreundlichkeit und gänzlich Verjagen der Auskunft nur in vier Fällen zu klagen hatte.“

Von dem Zusammentreffen mit gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen gibt sie die bezeichnende Bemerkung:

„Daß dieser Verkehr mit geistig hochstehenden männlichen und weiblichen Fabrikarbeitern nicht nur sachlich interessant, sondern auch persönlich von größtem Interesse ist, brauche ich wohl nicht zu erwähnen.“

In die Berufsverhältnisse ist das Fräulein möglichst tief eingedrungen; es wurden nicht allein Beschäftigungen der Betriebe und Arbeitsräume vorgenommen, sondern die Arbeitsweise wurde selbst wochenlang beobachtet. In einigen Fabriken hat die Lehrerin, unerkannt von Arbeiterinnen und Aufsichtspersonal, selbst arbeiten ge-

lernt und sich in die Praxis einführen lassen. So ist die Erkenntnis der beschriebenen Verhältnisse auf tatsächliche Beobachtung gestützt, und nicht lediglich auf das Hörensagen.

Eingehend sind die Familienverhältnisse der 270 Mädchen dargestellt. Es leben bei Vater und Mutter (Stiefvater und Stiefmutter, Adoptiveltern) 198 der Fabrikmädchen, beim Vater ohne Mutter 3, bei der Mutter ohne Vater 45, bei einem verwandten Ehepaar oder bei einer alleinlebenden weiblichen Verwandten 14 und ganz allein bei Blutsfremden 10 derselben. Die Mehrzahl der Väter hat keinen gelernten Beruf, nämlich 114, als gelernte Arbeiter sind 107 gezählt; als Selbstständige sind nur 10 Väter erwerbstätig. Eine Tabelle gibt Aufschluß über die Erwerbsverhältnisse von Vater und Mutter und deren Vertreter. Haushaltungen, wo Frauen ohne Erwerb sind, werden 93 gezählt, im Nebenberuf stehen 36 Frauen und im Hauptberuf 84 Ehefrauen. In Haushaltungen ohne Mann sind 7 Mütter ohne Erwerb, 4 im Neben- und 40 im Hauptberuf tätig, sodas in Summa 40 der Mütter im Nebenberuf und 124 im Hauptberuf stehen. Damit ist schon ein Bild gezeichnet, das für die Verhältnisse der Mädchen von großer Bedeutung ist. Rund zwei Drittel der befragten Frauen sind selbst erwerbstätig und nur ein Drittel sind als voll versorgt zu Hause.

Von den Ursachen dieser Erscheinung sind mehrere angeführt: die Erwerbstätigkeit der Frauen wird hervorgerufen durch die Tatsache, daß die wirtschaftliche Existenz der Familie sich oft nur auf ihre Mithilfe begründet. Krankheit oder Arbeitslosigkeit, wenn nicht gar Arbeitslosigkeit des Mannes, sind zumeist zwingende Gründe; ungenügender Verdienst und große Ausgaben für die Kinder sind Ursachen mit zum Frauenerwerb. — Auch die Haushaltsgrößen sind verglichen mit der Berufstätigkeit der Mutter oder deren Vertreterin. Sind Frauen im Hauptberuf, so treffen durchschnittlich 4,7 Personen auf den Haushalt; bei Frauen im Nebenberuf jedoch sind 6,4 Personen festgestellt und wo die Frau ohne Beruf ist, sind 7,2 Personen pro Haushalt gezählt. Auch für die Erwerbslosigkeit der 100 Frauen sind Gründe angegeben; es haben von diesen Frauen 53 einen Haushalt von mehr als 7 Personen zu versorgen, 12 andere haben nebenbei noch einen Säugling zu pflegen, 6 Frauen haben diese Aufgabe bei kleinerer Familie zu erfüllen, wieder 10 Frauen sind inbald oder trübselig und nur 19 Frauen sind ohne einen dieser Gründe zu Hause.

Die verschiedenen Arten der Berufe bei den einzelnen Frauen sprechen noch mehr als Zahlen von dem Lebenskreise, dem die jungen Arbeiterinnen angehören. Die lebensvollen Schilderungen ergeben einen Einblick in das Ringen der Arbeiterfrauen, die ohne jede Vorbereitung zumeist in das Erwerbsleben eintreten und es da nur durch besondere Energie und Tatkraft voranbringen. Das Durchschnittseinkommen einer hauptberuflich tätigen Frau beträgt 686,70 M. pro Jahr; doch recht wenig. In einem Falle sinkt das Einkommen einer Fabrikarbeiterin auf 390 M. herunter; das für volle Tagesarbeit ein ganzes Jahr hindurch! In anderen Fällen erreicht jedoch der Verdienst der Frau eine respektable Höhe, so z. B. bei einer Händlerin 1890 M., bei einer Milchhändlerin den Höchstbetrag von 2071 M. Jahresverdienst.

Ueber all die hier gemachten Wahrnehmungen schreibt die Verfasserin:

„Gerade das Eindringen in die Details des Familienlebens, wie es die vorliegende Enquete mit sich brachte, schärft den Blick für die Schwierigkeiten, die das wirtschaftliche Leben des Volkes mit sich bringt, und erhöht dadurch auch die Bewunderung für den Heroismus, den das Volk in diesem nie endenden Kampfe Tag für Tag, jahraus, jahrein beweist.“

Auch die Berufs- und Erwerbsverhältnisse der Geschwister der jungen Mädchen sind dargestellt. Es sind im ganzen 502 erwachsene Geschwister bei den 270 Fabrikmädchen gezählt worden; von diesen Geschwistern sind nur 24 berufslos — das sind 17 verheiratete Schwestern und 7 Geschwister, die durch Gebrechen oder Krankheit berufsunfähig sind. Zu Hause sind aber von den berufstätigen Geschwistern nur noch 104 Brüder und 132 Schwestern. Von den Brüdern sind 56 in gelernten Berufen, 48 in ungelerten, im Gegensatz zu den überwiegend in ungelerner Arbeit stehenden Vätern der Mädchen. Von den Schwestern sind jedoch nur 7 in gelernten Berufen, dagegen 125 in ungelerner Berufsarbeit. Welch krasser Unterschied ergibt sich in diesen Verhältnissen bezüglich der Einschätzung der Erwerbstätigkeit zwischen den einzelnen Geschwistern! Als besonders wissenswerte Entdeckung wird nach angegeben, daß von den auswärtig lebenden Schwestern nicht ein Duzend als Dienstmädchen in Privathäusern leben. Die Frage, warum nur nicht mehr Mädchen aus diesen Familien in Stellung gehen, hat die Verfasserin immer aufgeworfen; neben verschiedenen Einwendungen, die daraufhin gemacht werden, ist es den Eltern zumeist darum zu tun, daß die jungen Mädchen sich frühzeitig in der Fabrikarbeit üben sollen, damit sie schneller und mehr verdienen, um die Familie zu unterstützen. Hierzu bemerkt die Lehrerin treffend:

„Die weit überwiegende Zahl der Schwestern, sowohl der im Hause wie die auswärtig lebenden, gehört dem Stande der Fabrikarbeiterinnen an. Man kann sich eine Vorstellung davon machen, wie sehr sich in 1 oder 1½ Jahrzehnten das Bild der Berufstätigkeit der Mütter geändert haben wird.“

Im weiteren Teil der Untersuchung sind die Berufs- und Erwerbsverhältnisse der 270 jungen Arbeiterinnen geschildert. Darüber in einem folgenden Artikel.

Fanny Garder.

Allgemeine Rundschau.

Ein Bischofswort für die christlichen Gewerkschaften. Gegenüber den tolen Behauptungen der sozialdemokratischen Presse über die „baldige Auflösung der christlichen Gewerkschaften“ durch die kirchliche Intransigenz, ferner mit Rücksicht auf die schamlosen Treibereien, die in den letzten Wochen mit verstärkter Bosheit von einem Häuflein Männer, die man unter dem Sammelbegriff „Berliner“ zusammenfaßt, geübt werden, ist die offene und entschiedene Stellungnahme eines deutschen katholischen Bischofs für die christlichen Gewerkschaften von besonderem Werte.

In einer Konferenz der Geschäftsführer und Förderer des Volksvereins für das katholische Deutschland in den Kreisen Hildesheim und Hannover führte der Bischof von Hildesheim, Dr. Bertram, u. a. aus:

„Mehrere hochwürdige Herren Bischöfe haben dem Volksverein für seine Tätigkeit aufrichtige Anerkennung gezollt. Auch ich tue das heute mit Freuden.“

Desgleichen spreche ich mein Vertrauen aus zu den christlichen Gewerkschaften und bin auch ganz dafür, daß die jugendlichen Arbeiter sich den christlichen Gewerkschaften einreihen.“

Bei dieser Gelegenheit sei auch hingewiesen auf den diesjährigen Fastenhirtenbrief des Kölner Erzbischofs Fischer, worin dieser sich mit einer außerordentlichen Schärfe gegen das Treiben jener Katholiken ausspricht, die als gefäßige Gegner unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung sich überall sehr unrühmlich bekannt gemacht haben.

Der „Berliner“ „Arbeiter“ wird von diesen neuesten kirchlichen Rundgebungen wohl nicht sonderlich erbaut sein.

Schutz der Arbeitswilligen. Unter diesem Schlagwort versuchen die Gegner der selbständigen Arbeiterbewegung in letzter Zeit mit besonderem Nachdruck Stimmung für eine gesetzliche Einschränkung des Koalitionsrechts zu machen. Nach dem Ausfall der letzten Reichstagswahlen glaubt man einen besonders günstigen Resonanzboden dafür zu haben. Während der Wahlbewegung war die Nachricht verbreitet worden, daß dem neuen Reichstag bald nach seinem Arbeitsbeginn ein Gesetzentwurf zum Schutze der Arbeitswilligen zugehen werde, was von der Regierung in der „Nordd. Allg. Ztg.“ sofort als unrichtig zurückgewiesen, und erklärt wurde, daß ein Ausnahmegesetz in der fraglichen Richtung nicht beabsichtigt sei.

„Das ist soweit ganz recht“, schreibt dazu das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ (Nr. 3, 1912). „Aber es fragt sich nur, was man unter Ausnahmegesetzen versteht, die Meinungen darüber gehen vielfach weit auseinander. Auf alle Fälle liegt schon der gesetzgeberische Versuch vor, bei der beabsichtigten Revision des Strafgesetzbuches der Ausübung des Koalitionsrechts weitere Beschränkungen aufzuerlegen, ein Beginnen, dem die schwersten Bedenken entgegenstehen.“

Alle diese Bestrebungen müssen nach wie vor von der christlich-nationalen Arbeiterbewegung abgelehnt werden. Gewiß leiden die christlichen Arbeiter unter dem sozialdemokratischen Terrorismus, aber um diese Auswüchse zu ahnden, dazu reichen die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen aus, wenn sie nur angewendet würden. Aber wie steht es damit. Kürzlich noch mußte die „Baugewerkschaft“ (das Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter) scharfe Kritik daran üben, daß sich kein Staatsanwalt bereit finden ließ, die brutalsten sozialdemokratischen Terrorismustakte in Nürnberg unter Anklage zu stellen. Was sollen weitergehende gesetzliche Bestimmungen, wenn die bestehenden keine Anwendung finden. Und die neuerlichen Bestrebungen laufen doch allzudeutlich darauf hinaus, aus dem Koalitionsrecht eine taube Klau zu machen. Dem muß energischer Widerstand entgegengesetzt werden.“

Auch ein „Erfolg“ des roten Wahlsieges. Die Meinung, daß der sozialdemokratische Wahlsieg eine Reaktion auslösen würde auf Kosten der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, ist gar nicht so weit von der Hand zu weisen. In welcher Richtung sich die politischen Rechte des Volkes entwickeln werden, bleibt abzuwarten; daß es nicht in der Richtung der sozialdemokratischen Forderungen geschieht, ist sehr wahrscheinlich. Ueber die sozialpolitische Arbeit der neuen Gesetzesmaschine läßt sich heute noch nicht reden. Erreulich ist es, daß die Thronrede, mit der der Reichstag in der vorigen Woche vom Kaiser selbst eröffnet wurde, die Fortführung der sozialen Gesetzgebung besonders hervorhob. Wünsche der Arbeiter liegen ja genug vor, sozialgesetzgeberische Probleme haben sich aus der wirtschaftlichen Entwicklung im Laufe der Jahre genug ergeben, und zwar eine ganze Reihe solcher, die der Lösung recht dringend bedürftig sind. Aber wir werden gut tun, wenn wir unsere Erwartungen nicht zu hoch spannen, denn die 110 Genossen im Reichstage bilden die denkbar schlechteste Garantie für die Erfüllung der berechtigten Arbeiterforderungen.

Es möge hier auf eine bedenkliche Tatsache hingewiesen sein, die in einigen Bezirken unseres Vaterlandes heute schon als eine Folge des Ausganges der Reichstagswahl in die Erscheinung getreten ist: Die stärkere Propagierung der gelben Gewerkschaften. Die gewerkschaftliche Arbeiterschaft wird damit rechnen müssen, daß das Unternehmerium nunmehr alle Niemen an Bord legt, um sich auf der ganzen Linie durch die Sammlung der Arbeiter in den gelben Vereinen eine politische Schutztruppe zu erziehen. Kurz nach den Wahlen ließ der gewesene Reichstags-

abgewordnete Stresemann in einigen nationalliberalen Blättern einen Artikel erscheinen, in dem der hier ausgesprochene Gedanke klar zum Ausdruck gebracht wurde. Er wies auf die politische und gewerkschaftliche Entwicklung innerhalb der Arbeiterschaft hin und kam dabei zu dem Resultat, daß namentlich in den Industrierevieren sich der politische Anhang der Arbeitgeber unter der Arbeiterschaft immer mehr verringere. Dadurch würden diese für das Unternehmertum außerordentlich wichtigen Wahlkreise schließlich der Sozialdemokratie ausgeliefert. Das Unternehmertum müßte sich Arbeiter heranziehen, die sich auch politisch an die Seite ihres Brotherrn stellten. Das könnte am besten geschehen durch die Gründung und intensive Förderung der vaterländischen Arbeitervereine und Werkvereine.

Stresemann spricht damit ja gar nichts neues aus. Auch heute schon sind die gelben Werkvereiner die politischen Knechte ihrer Arbeitgeber. Die Unternehmer mißbrauchen auch heute schon ihren Einfluß auf die Arbeiter zugunsten ihrer parteipolitischen Geschäfte. Aber der Erfolg ist ausgeblieben. Zahlreiche Gelben, die taten, als ob sie ihrem „Brotherrn“ in tiefster Ehrfurcht und hündischem Gehorsam ergeben wären, sind innerlich Sozialisten, wählen bei politischen Wahlen, sofern ihre Stimmenabgabe nicht nachgeprüft werden kann, sozialdemokratisch. So geht man wohl nicht fehl in der Annahme, daß von den Krupp'schen Gelben in Essen bei der letzten Reichstagswahl eine ganze Anzahl sozialdemokratisch gewählt hat. Das trifft auch von vielen Gelben in anderen Bezirken zu. Auf diese Menschen ist durchaus kein Verlaß. Aber die Unternehmer werden diese Einsicht nicht besitzen und jedenfalls, den Weisungen Stresemanns getreu, nun erst recht mit der Propagierung der gelben Bewegung einsetzen. Das ist auch ein „Erfolg“ des sozialdemokratischen Wahlsieges, den die Gewerkschaftsbewegung auszufüllen hat.

Seien unsere Leute überall auf der Hut. Unsere Devise ist: Freie Ausübung des Koalitionsrechtes, gesundes wirtschaftliches Vorwärtstreben auf dem Boden der bestehenden Gesetze und Staatsordnung. Darum Kampf dem Radikalismus und Sozialismus, aber auch Kampf der hündischen Ergebenheit und der Heuchelei. Kampf den politischen und gewerkschaftlichen Entrechtungsversuchen. Die Reichstagswahlen haben bewiesen, daß die christlich-nationale Arbeiterbewegung am sichersten gegen die sozialistische Flut zu weichen vermag.

Unkenntnis oder Unwahrhaftigkeit. Mitunter benehmen sich die Genossen, daß man wirklich im Zweifel darüber sein muß, ob ihr Verhalten oder ihre Behauptungen auf vollständige Unkenntnis der gewöhnlichsten Dinge oder auf die bewußte Absicht der Beschönigung der Leute zurückzuführen sind. So wieder solch einen Fall, der den geworfenen Reichstagsabgeordneten Hue betrifft.

In einer vor der Hauptwahl in Bochum abgehaltenen Wählerversammlung redete Hue auch über die Reichsversicherungsordnung. Das sozialdemokratische „Volksblatt“, Bochum, weiß darüber in seiner Nr. 6 vom 8. Januar 1912 zu berichten:

„Rebner rechtfertigt dann ausführlich die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion bei der Reichsversicherungsordnung. Noch soeben sei ihm ein Brief von einem Unfallinvaliden aus Wanne übergeben worden, der nun schon an eigenen Leibe die Wohltaten der herrlichen Reichsversicherungsordnung zu fühlen bekomme.“

Hue hat der Versammlung also schon einen Unfallinvaliden vorgeführt, der durch die Reichsversicherungsordnung geschädigt war. Man sind die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung, soweit sie die Unfallversicherung betreffen, aber noch gar nicht in Kraft. Hue scheint das nicht zu wissen. Es war deshalb sehr zweckmäßig, daß er zur weiteren Ausbildung und zum Studium der Gesetzgebungswerke heurlaubt wurde. Sachliche Gründe verlangen das im Interesse der Arbeiter.

Der hereingefallene „Textilarbeiter“. Man schreibt uns aus der Pfalz: „In letzter Zeit lief ein Waschzettel durch die sozialdemokratische Presse, wonach in Allersberg in der Oberpfalz christlich organisierte Textilarbeiter von ihrer Organisation im Stich gelassen wurden. Nun weiß aber jedes Pfälzer Schulkind, daß es in der Pfalz kein Allersberg gibt. Anders aber der Redakteur des „Textilarbeiters“. Raum erblickt er den fetten Hapen (wird doch zur besonderen Würze sogar ein Pfarrer darin mit serviert) und schon ist er mit der Schere darüber her. Aber ach! Mit dem fetten Hapen hat er auch die Angel verhängen. Großer Prägnanz, wie bist du da wieder böse hereingefallen! Jetzt möchtest du wohl das Allersberg aus der Oberpfalz heraus oder in sie hineinwürgen. Aber noch hat dich dein Gelehrten-genie nicht losgelöst von Raum und Zeit und wir müssen dir das Zeugnis ausstellen: Sehe gegen den christlichen Verband: sehr fleißig; Kenntnis des eigenen Verbandsgebietes: sehr mangelhaft.“

Vorteile der Versicherten durch den Wegfall der Beitragserstattungen in Heiratsfällen. Die Reichsversicherungsordnung hat bekanntlich u. a. auch die Beitragserstattungen, die das Invalidenversicherungsgesetz in Heiratsfällen vorsah, nicht übernommen und damit sind sie in Wegfall gekommen. Es ist dies von besonderem Vorteil für die Versicherten, obwohl sie das zunächst nicht einsehen werden; denn schon unter der Herrschaft des Invalidenversicherungsgesetzes sind die jungen Frauen oft gezwungen worden, ihre wohlverworbenen Rechte aufzugeben, aber meistens ohne Erfolg. Die einmalige Zahlung von 20 bis 30 M. erschien ihnen so verlockend und die Geldend-

machung der durch die Versicherung erworbenen Ansprüche so fern liegend, daß sie leichten Herzens diese Ansprüche aufgaben. Die Redensart: „Der Sperling in der Hand ist mir lieber als die Taube auf dem Dache“, konnte man oft genug hören. Darum ist es mit Freude zu begrüßen, daß die Reichsversicherungsordnung mit dieser, die Vorteile der Versicherten so wenig wahrnehmenden Bestimmung aufgeräumt hat. Was wird nun dafür geboten? Der „Versicherungsbote“ faßt die Vorteile wie folgt kurz zusammen:

1. Zunächst ist die Aufrechterhaltung der Anwartschaft entweder durch Pflichtversicherung oder freiwillige Versicherung notwendig. Es genügt, wenn innerhalb zweier Jahre mindestens 20 Wochenbeiträge geleistet werden.
2. Beim Eintritt dauernder Invalidität wird Invalidenrente gewährt; auch wenn die Versicherte nicht dauernd invalide, aber während 26 Wochen ununterbrochen invalide gewesen ist, erhält sie für die weitere Dauer Invalidenrente (Krankenrente).
3. Hat die Versicherte Kinder unter 15 Jahren, so erhöht sich die Invalidenrente für jedes dieser Kinder um $\frac{1}{10}$ bis zu dem $\frac{1}{2}$ fachen Betrage der Rente (Kinderzuschüsse).
4. Es ist nicht nötig, daß auch der Ehemann zu den Versicherten gehört. Ist aber auch dieser versichert, so kann der Fall eintreten, daß beide (Mann und Frau) Invalidenrente und Kinderzuschüsse erhalten.
5. Stirbt der versicherte Ehemann, so erhält die Witwe, sofern sie ihre Rechte aufrecht erhalten hat (s. o. unter 1), ein Witwengeld in Höhe des 12fachen Monatsbetrages der Witwenrente ($\frac{2}{10}$ des Grundbetrages und der Steigerungssätze der Invalidenrente, die der Ernährer zur Zeit seines Todes bezog oder bei Invalidität bezogen hätte, zuzüglich 50 Mark Reichszuschuß) — einmalige Zahlung — und für die Kinder Waisenrente bis zum vollendeten 15. Lebensjahre und dann noch eine Waisenaussteuer.
6. Wird die Witwe invalide, so hat sie die Wahl zwischen der von ihr selbst erworbenen Invalidenrente und der Witwenrente. Selbstverständlich wird sie die höchste der beiden Renten wählen.
7. Die Versicherungsanstalt ist berechtigt, auf ihre Kosten zur Abwendung der Invalidität oder einer voraussichtlich zur Invalidität führenden Krankheit ein Heilverfahren für die Witwe einzuleiten.

Sie kann die invalide Witwe auch, wenn sie allein steht oder hilflos ist, auf ihren Antrag in einem Invalidenheim unterbringen, wo sie sorgenfrei ihre Tage beschließen kann. Das sind eine Menge von wichtigen Vorteilen, die die Aufhebung der Beitragserstattung wohl rechtfertigen.

Die roten Volksbetrüger. Es ist ein Volksbetrug schlimmster Art, daß die Genossen in ihrer Tagespresse und in den Versammlungsreden immer noch mit der Mär-

Die Baumwollpflückmaschine.

Aus der „Kölnischen Zeitung“.

II.

Die Maschine, die wie ein Mispferd aussieht und geschäftig wie ein Biber arbeitet, entwickelt dreißig Pferdekräften, wiegt fünfzig Zentner und legt in der Stunde durchschnittlich 4km zurück. Ihre Leistung in der Stunde beläuft sich je nach der Güte des Felbes auf 500 bis 750 Pfund, was bei zehnstündiger Arbeitszeit eine Ernte von 50 bis 75 Zentner amerikanischen Gewichts ausmacht; in deutschem Gewicht wären 45 bis 67½ Zentner anzusehen. An Lohn für den Fahrer und den Mann am Stoch, sowie für Benzin und Öl wären vielleicht — ein fester Preis hat sich noch nicht gebildet — 25 M. aufzuwenden; die Auslagen für den Zentner gepflückter Baumwolle würden sich hiernach auf rund 50 Pfg. stellen. Da ein Handpflücker durchschnittlich drei Mark für den Zentner erhält, ergibt sich eine ganz bedeutende Ersparnis, die sich bei einer Ernte von 14 Millionen Ballen, wie in diesem Jahre z. B., den Ballen durchschnittlich zu fünf Zentner gerechnet, auf nicht weniger als 175 Millionen Mark belaufen müßte! Zu dieser Ersparnis kommen aber noch bedeutende andere Vorteile. Zunächst wird der Farmer von Pflückern unabhängig und kann ernten, wenn es am besten ist, und nicht, wenn es dem Regier gefällt. Die Baumwolle kommt also in besserem Zustande auf den Markt und erzielt einen höhern Preis. Ferner wird die Gefahr des Verderbens durch Wetter-schäden bedeutend verringert, weil die Erntezeit abgekürzt wird. Dazu kommt, daß die Maschine viel sorgfältiger und gründlicher pflückt als der Pflücker, der die kleineren Flocken übersteht, weil sie ebensoviele Arbeit machen wie die großen, aber nicht so viel wiegen; sein Lohn hängt aber vom Gewicht ab. Während nämlich der Handpflücker nur etwa 80 Prozent vom Aker erntet, pflückt die Maschine 95 bis 100 Prozent — eine wesentliche Ertragssteigerung. Ferner nimmt der Handpflücker in dem Bestreben, Gewicht zu machen, viel Erde und sonstigen Unrat mit in seinen Sack, und der Pflücker muß für das Pfund Schmutz so viel Lohn bezahlen wie für das Pfund Baumwolle, während ihm beim Entleeren der teuer bezahlte Abfall herausgeschlagen wird. Schließlich haben die wenigen Proben, die bis jetzt gemacht wurden, die überraschende Tatsache ergeben, daß die maschinengepflückte Baumwolle langspinniger und deshalb hochgradiger ist als die handgepflückte. Die Erklärung dafür wird in dem Umstand gefunden, daß der Regier so viel Flocken in der Hand zusammenreißt als möglich, bevor er sie in den Sack stellt. Auf diese Weise werden die

einzelnen Flocken zusammengeballt, und wenn dann die Entkernung vorgenommen wird, bedingt die Trennung der Faser vom Samen ein vielfaches Zerreißen des Stapels. Bei der Maschine dagegen erscheint jede Flocke als eine Einheit, die dem Entkerner weniger Schwierigkeiten macht und so eine größere Schöpfung der Faser ermöglicht. Die von der Pflückmaschine gelieferte Baumwolle soll von den Spinnern mit zwei bis vier Pfennig das Pfund höher bezahlt werden, was am Ballen zu fünf Zentner zehn bis zwanzig Mark mehr ausmachen würde und bei einer Ernte von 14 Millionen Ballen sich zu der Riesensumme von 140 bis 280 Millionen Mark ausrechnen müßte. Zahlt man dazu die 175 Millionen Mark, die bei der Ernte erspart werden, so kommt man zu einer Reingerausgabe und einer Mehreinnahme von zusammen 315 bis 455 Millionen Mark. Die Zahlen mögen übertrieben erscheinen und den Tatsachen später nicht ganz standhalten; immerhin sind sie wesentlich niedriger, als diejenigen, die der Erbauer der Maschine aufstellt und die auf eine Ersparnis beim Pflücken von 10 Dollar und einem Mehrerlös von ebenfalls 10 Dollar für den Ballen lauten, mithin auf eine Erntesumme von 280 Millionen Dollar oder weit über eine Milliarde Mark. Zu diesen in mehr oder minder zutreffenden Zahlen auszubrückenden Gewinnen kommt aber noch der große Vorteil, daß menschliche Kraft gespart und für andere Zwecke verfügbar wird, und daß vor allem die Frauen- und Kinderarbeit, die gerade bei der Baumwollernie die Hauptlast trägt, entbehrlich wird, daß die Frau dem Hause, das Kind der Schule erhalten bleibt.

Wem hat nun Amerika und mit ihm die Menschheit diese verumittelte Maschine zu verdanken? Einem einfachen Rodellhändler in einer kanadischen Fabrik, einem Schotten von Geburt, mit Namen Angus Campbell, der gerade vor einigen Wochen, am Vorabend seines Triumphes, in Hamilton in der kanadischen Provinz Ontario an Paralyse starb, nachdem er 25 Jahre an jenem Werk gearbeitet hatte. Die Anregung zu seiner Erfindung bekam er in Texas, wo er einen Bruder, der in Waco krank lag, für einige Zeit besuchte. Es war zur Zeit der Baumwollpflücke, und die Bladerrei der Frauen und Kinder hauptsächlich brachte ihn auf den Gedanken, das für unlösbar geltende Problem zu lösen. Viele Versuche scheiterten, aber sein Rat blieb ungeboren. Seine erste Maschine war nur einen Tag in einem texanischen Baumwollfeld an der Arbeit; aber Jahr für Jahr erjann er eine neue Verbesserung, bis er das Ei auf die Spitze gestellt hatte. Da erreichte ihn die Entdeckertrübsal, und sein Werk ist jetzt andern Händen übertrant. Eine New Yorker Gesellschaft, an deren Spitze Herr Theodor S. Price steht, hat die 450 Campbell'schen Patente erworben und hat nun die ersten

vollendeten Maschinen, sechs im ganzen, in verschiedenen Gegenden des Baumwollgürtels probeweise (vorgeführt; die eingebaute Reinigungsmaschine ist eine Erfindung des Herrn B. C. Calderwood. Die Maschine, die nach Entfernung der Pflück- und Reinigungsrichtung als einfaches Lastauto oder als Pflüg-, Sä- und Mähmaschine verwendet werden kann, kostet etwas über 20000 M. (5000 Dollar). Das ist natürlich ein Preis, der für den kleinen und mittlern Pflücker viel zu hoch ist. Aber für diesen ist die Maschine auch nicht berechnet, denn er hat ja gar keine volle Verwendung für sie, da sie in der Stunde einen Aker räumt und so seine zwanzig oder auch fünfzig Aker sehr bald abgelesen hat. Dafür werden sich diese Pflücker zu Gesellschaften zusammenschließen, wie das z. B. bei der Verwendung von Dampfdruckmaschinen der Fall ist. Der große Farmer aber hat Arbeit für sie das ganze Jahr. Wenn man bedenkt, daß im Jahre 1911 über 13 Millionen Acker mit Baumwolle bestellt wurden, kann man sich vorstellen, welch weites Feld sich der künftigen Verwendung des Baumwollpflückers öffnet. Er pflügt das Baumwollfeld, er besät es, behackt es, erntet es ab und fährt die Ernte auf den Markt, und nebenbei kann er noch für alle möglichen landwirtschaftlichen Nebenarbeiten verwandt werden.

Das ungeschlachte Ungetüm, das da schwerfällig über die Beete wagt und doch mit garten, behutamen Fingern den weißen Flaum abblest, ist der Vorläufer eines neuen Zeitabschnitts, nicht nur in der Geschichte des Baumwollbaues, sondern in der Entwicklung der menschlichen Kultur, deren Pregelstand nicht nur am Verbrauch der Seife, sondern auch am Verbrauch von Baumwolle abgelesen wird. Der Ausbreitung des Baumwollbaues ist jetzt nur noch eine Schranke gesetzt durch die Boden- und Klimaverhältnisse; die Arbeit ist als Produktionsfaktor nur noch von nachgeordneter Bedeutung, denn sie ist jetzt beliebig vermehrbare. Ein fast unbeschränkter Anbau im Baumwollgürtel muß natürlich ein weit größeres Angebot als bisher zur Folge haben, und dieses wird von einem Sinken der Preise begleitet sein, ohne daß der Farmer eine Schädigung dabei erleidet, denn er kann ja jetzt viel billiger arbeiten als früher. Die Segnungen dieser Maschine werden also nicht ihm allein zukommen, sondern die Welt wird daran teilhaben, und der Name Campbell wird in Verbindung mit dem Namen Price auf jene Liste übergehen, auf der Namen verzeichnet stehen wie Stephenson, Königen, Zeppelin, Bessemer, Wergenthafer und andere. Der Süden aber wird nun eine landläufige Figur ärmer sein; den Regier mit der Baumwollsaat!

von dem sozialistischen Zukunftsstaate Agitation zu machen versuchen. Ein Volksbetrug deshalb, weil, nach einem Zeugnisse eines sozialdemokratischen Gewerkschaftsblattes, man in den Kreisen der sozialistischen Parteiführer an dieses Zukunftsziel selbst nicht mehr glaubt. Es ist aber gut genug zur Agitation unter der "dummen Masse".

In den "Sozialistischen Monatsheften" (Nr. 18/19) hält der revisionistische Sozialdemokrat Quessel seinen radikalen Genossen ihren Schwindel mal wieder unter die Nase, indem er schreibt:

„Also jahrzehntelang wird sich die soziale Revolution hinziehen, und hernach wird zunächst alles beim alten bleiben. Mit einem Federstrich will man die Kapitalisten enteignen — eine lächerliche Annahme — aber arbeiten müssen wir natürlich nach wie vor. Auch unangenehme Beschäftigungen bleiben. Und wer nicht arbeiten will, der wird nichts zu essen haben. Dabei kann der Arbeitslohn in der sozialistischen Zukunftsgesellschaft kaum erhöht werden. Was man den Kapitalisten abgenommen hat, das reicht nicht einmal zu einer Reform des Schulwesens und der Sozialversicherung, geschweige denn zu mehr. Lohnherabsetzungen sind sogar in Aussicht genommen. Es wird nicht gehen, die Produktion zu steigern, wie es sich die Phantastie sozialdemokratischer Rindsköpfe vorstellt. Schluss: Die soziale Revolution, die das arbeitende Volk von aller Not und aller Entbehrung befreien soll, ist weiter nichts wie ein gleichendes Trugbild.“

Man verbinde diese Stimme mit den Ausführungen des „Proletariats“ (siehe Leitartikel der vorigen Nummer), der eine Verwirklichung des sozialistischen Endziels in eine ferne, ferne Zukunft verweist.

Die Krankenversicherung im Jahre 1910. Obwohl die Geschäftslage im Jahre 1910 im allgemeinen nicht günstig war, ist dennoch die Mitgliederzahl der ordentlichen Krankenkassen in diesem Jahre wiederum ganz bedeutend gestiegen. Der Zuwachs an Mitgliedern gegen das Vorjahr betrug rund 550 000 und zeigt sich hauptsächlich bei den Ortskrankenkassen mit 341 000 und bei den Betriebskrankenkassen mit 115 000; dann folgen die Gemeindekrankenkassen mit 46 000, die eingeschriebenen Hilfskassen mit 38 000 und die Innungs-krankenkassen mit 13 000 Mitgliedern mehr als im Vorjahre. Einen Rückgang der Mitgliederzahl zeigen dagegen die Baukrankenkassen mit 2 000 und die landesrechtlichen Hilfskassen mit 1 000 Mitgliedern.

Wie sich die Mitglieder und die Erkrankungsfälle auf die einzelnen Klassen verteilen, zeigt folgende Tabelle:

Table with 5 columns: Rassenarten, Zahl der Rassen, Mitglied im Durchschnitt des Jahres, Erkrankungsfälle mit Erwerbsunfähigkeit überhaupt, auf ein Mitglied. Rows include Gemeindefrankenkassen, Ortskrankenkassen, Betriebskrankenkassen, Baukrankenkassen, Innungskrankenkassen, eingeschriebene Hilfskassen, landesrechtl. Hilfskassen, and a summary for 1910 and 1909.

Darnach haben die relativ höchsten Krankheitsziffern die Baukrankenkassen, dann folgen die Betriebskassen und ihnen die Ortskrankenkassen. Am besten schneiden die Gemeindefassen ab.

Die Aufwendungen für die Versicherungswecke erreichten bei den einzelnen Klassen folgende Höhe:

Table with 5 columns: Rassenarten, Krankheitsstage mit Krankengeld oder Behandlg. i. Krankenhause überhaupt, auf ein Mitglied, Krankheitskosten überhaupt, auf ein Mitglied, Vermögen in 1000 M. Rows include Gemeindefrankenkassen, Ortskrankenkassen, Betriebskrankenkassen, Baukrankenkassen, Innungskrankenkassen, eingeschriebene Hilfskassen, landesrechtl. Hilfskassen, and a summary for 1910 and 1909.

Die ordentlichen Ausgaben beliefen sich auf 350,5 Millionen Mark. Darunter waren 320 Mill. M. Krankheitskosten, die sich verteilen auf:

Table with 2 columns: Krankheitskosten, Betrag. Rows include Ärztliche Behandlung, Arznei und sonstige Heilmittel, Krankengelder, Unterstützung f. Schwangere u. Wöchnerinnen, Sterbegelder, Anstaltsverpflegung, Fürsorge für Genesende.

Die ordentlichen Einnahmen betragen 379,3 Millionen Mark, darunter Beiträge (einschließlich der Zusatzbeiträge und Eintrittsgelder) 357,6 Mill. M.

Aus diesen Ziffern geht die gegenwärtige Wirksamkeit unserer deutschen Krankenversicherung zur Genüge hervor. In der neuen Reichsversicherungsordnung sind die Leistungen und die Organisation der Krankenkassen noch wesentlich verbessert worden. Daß diese Gesetze ohne Mitwirkung, ja gegen den Willen der Genossen zustande gekommen sind, muß unseren Leuten immer wieder zur Agitation gegen die Sozialdemokratie dienen.

Ihr bangt vor dem Siege. Für die sozialdemokratische Partei harret jetzt ein schwieriges Problem der Lösung, schrieb bald nach den Wahlen die sozialdemokratische „Metallarbeiter-

Zeitung“, und zwar das Problem, wie im Reichstage am zweckmäßigsten die Ansetzung der Kräfte erfolgt. Ähnlich äußert sich das Blatt des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes. Nachdem es seiner hellen Freude über den sozialdemokratischen Wahlsieg Ausdruck gegeben hat, schreibt es:

„Die Sozialdemokratie wird auch den vielen Mittäufeln Rechnung tragen müssen. Als kleines Parteigebilde konnte sie sich das billige Vergnügen fruchtlos genießen, wie kleine Gewerkschaften auch den größten Spektakel zu machen pflegen, den aber niemand ernst nimmt, weil ihre Ohnmacht offenkundig ist. Mit der zunehmenden Größe steigert sich aber nicht nur die Verantwortung, sondern auch die Verpflichtung zu positiven Taten. Die Anhänger wollen gewissermaßen etwas sehen für ihr Geld. Die Zeit der bloßen Anbetung des Endziels ist vorbei. Das geschärfte Unterscheidungsvermögen sieht die Kluft zwischen Doktrin und Wirklichkeit und sucht sie zu überbrücken. Wenn an das unerfreuliche Ende ein unerfreulicher Anfang sich knüpfen soll, wie es in Stuttgart den starken Anschein hat, dann würde die Sozialdemokratie einer Echternauber Springprojektion gleichen. Wir besorgen das nicht. Man kann und wird sich ein Beispiel an den Gewerkschaften nehmen.“

Der „Korrespondent“ wick sich sicher täuschen, „die Sozialdemokratie wird an ihrer alten Agitationsarbeit festhalten“, wie Stadthagen in „Vorwärts“ schrieb. Und die „Leipziger Volkszeitung“ (Nr. 12) meint auch:

„Unsere (der Sozialdemokratie) Hauptwirksamkeit im Reichstag wird nach wie vor propagandistischer Natur sein.“

Mit anderen Worten: Der Reichstag ist uns kein Mittel zu sachlicher Arbeit, sondern nur für unsere Agitation.

Auch in „freien“ Gewerkschaftskreisen scheint man, entgegen dem hohen Optimismus des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes, nicht viel von den Taten der sozialdemokratischen Fraktion im neuen Reichstage zu halten, denn schon in den überschwenglichen Siegesartikeln wurden die Hoffnungen der Massen arg zurückgeschraubt, vornehmlich in der Gewerkschaftspreße. Die sozialdemokratische „Metallarbeiter-Zeitung“ (Nr. 3/1912) behauptet in einem siegestrunkenen Rückblick auf die Hauptwahlen, daß nun „eine neue Epoche in der inneren und äußeren Politik des Deutschen Reiches beginne“. Aber in der nächsten Spalte sieht sie sich bereits in trüber Ahnung der Dinge, die da kommen werden, zu folgendem Eingeständnis gezwungen:

„Es liegt auf der Hand, daß die Sozialdemokratie allein zur Durchführung einer auch nur einigermaßen tiefgehenden Umwandlung unserer politischen Verhältnisse trotz der erfreulichen Zunahme leider noch immer zu schwach ist.“

Der „Proletarier“ (Nr. 4/1912), das Organ des sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverbandes, geht noch weiter und sagt, selbst wenn die Sozialdemokratie stark genug wäre, durch Mehrheitsbeschlüsse grundlegende Veränderungen herbeizuführen, sei es fraglich, ob Deutschland inmitten der übrigen kapitalistischen Staaten auf eigene Faust einen entscheidenden Schritt zum Sozialismus tun könne. Das könne nur gleichmäßig auf der ganzen Welt geschehen, deshalb sei es die Hauptaufgabe der erstarbten sozialdemokratischen Parteien, die großen Unterschiede im politischen Aufbau der einzelnen Staaten auszugleichen. Dann kommt die Ablenkung:

„Die deutsche Arbeiterschaft muß nach dem ruhmvollen Abschluß des Kampfes, in dem sie ihre ganze Kraft aufgebunden hat, Wert darauf legen, daß später, wenn sie die auf den Reichstag gesetzten Erwartungen nicht in Erfüllung gehen sollten, sofort jedermann die Tatsache in die Augen springt: Nicht bei der Sozialdemokratie liegt die Schuld!“

Andere Parteien sollen verantwortlich gemacht werden für die sozialdemokratische Kleinminderpolitik.

Der „Courier“ (Nr. 5/1912), das Organ des sozialdemokratischen Handels- und Transportarbeiterverbandes, sucht seine Leser auch darauf vorzubereiten, daß der neue Reichstag „trotz seiner starken sozialdemokratischen Fraktion nicht alle unsere Sehnsüchte und Wünsche erfüllen“ könne. Die Wahlen hätten „nur eine Abwehrmehrheit gegen die privaten Raubgelüste der Junker, gegen die Muckerei der Schwarzen“, geschaffen:

„Im übrigen muß sich das Proletariat mit Geduld wappnen, bis es aus eigener Kraft imstande ist, die Geschicke des Reiches zu meistern.“

Und die „Holzarbeiter-Zeitung“ sagt es deutlich heraus, daß die 110 Genossen im Reichstage für die Arbeiter nichts zu bieten vermögen.

„So wie die Dinge liegen, dürfte es der sozialdemokratischen Fraktion, trotz der bedeutenden Verstärkung, die sie erhalten hat, noch recht schwer fallen, die Gesetzgebung im Interesse der Arbeiterschaft zu beeinflussen.“

So wird mit Berechnung vorgebaut, damit die sozialdemokratischen Wählermassen nicht allzu stark enttäuscht und von der Erkenntnis ferngehalten werden, daß sie von dieser Partei in unverantwortlicher Weise am Narrenseil geführt werden. Mit Phrasen wird die Sozialdemokratie diesmal aber nicht durchkommen: als stärkste Partei des deutschen Reichstages hat sie nunmehr zu zeigen, was sie leisten kann. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung wird ein wachsameres Auge über die sozialdemokratische Arbeit halten.

Was nun? Während sich einige bürgerliche Politiker und auch manche Revisionisten innerhalb der Sozialdemokratie die Köpfe darüber zerbrechen, was denn nun die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage wohl machen werde, kommt Rosa Luxemburg in der „Gleichheit“ heran und zeigt in scharfer Klarheit, in welcher Richtung die „Vertreter des Klassenbewußten

Proletariats im Reichstage“ die schwierige Aufgabe ihrer parlamentarischen Arbeit zu erfüllen haben. Der Artikel ist auch in andere sozialdemokratische Blätter übergegangen, die damit wohl ihr volles Einverständnis mit den Vorschlägen der allzeit geschelten und hilfsbereiten Luxemburg zum Ausdruck bringen wollen.

Zunächst untersucht die Luxemburg die Frage, ob durch die Reichstagswahlen eine ganz neue Situation geschaffen worden sei, die „eine Aenderung der bisherigen Taktik unserer Partei gebietet“. Sie bejaht diese Aenderung, aber nicht in dem Sinne des Kleinlein jener bürgerlichen Politiker, deren „Melodien nicht übel klingen, namentlich in dem Ohr jener handvoll sonderbaren Schwärmer in unsern eigenen Reihen“, die eine gemeinsame praktische Arbeit mit den Parteien der ganzen Dinten erhoffen. O nein, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im neuen Reichstage nur die eine Pflicht, den „alten Gegenfah der gesamten bürgerlichen Parteien zur Sozialdemokratie“ so scharf wie nur möglich den Volksmassen zum Bewußtsein zu bringen. Für das Klassenbewußte Proletariat müssen neue Eroberungen gemacht werden, um der Sache des Sozialismus zu dienen. Die hungrigen und geknechteten Millionen, die ihr Hoffen auf die Sozialdemokratie gesetzt, ihr Vertrauen geschenkt haben, brauchen sozialdemokratischerseits wirkliche Machtstellung. Und die könne sich die Partei nur schaffen durch die Gründlichkeit, Schärfe und Entschlossenheit ihrer Kampfpolitik. Die Partei müsse zur Angriffsstellung übergehen.

Dann zeigt die ebenso mutige als blutige Rosa, wie das im einzelnen auszuführen ist. Zunächst müßte die „Macht der proletarischen Masse auf den Plan gerufen werden zur Erstürmung des preussischen Dreiklassenparlamentes“. Wichtiger ist schon die zweite Aufgabe. Der nationalen Phrasen, die der Sozialdemokratie im Wahlkampf auf Schritt und Tritt entgegengetreten sei und „hinter der Militarismus, Marinismus, Kolonialpolitik, Kriegsschrecken und persönliches Regiment lauern“, müßte die sozialdemokratische Fraktion „eine Generalschlacht liefern“.

„Dazu ist die beste Gelegenheit geboten, wenn wir die harrenden neuen Militär- und Marinevorlagen mit einem Gesekentwurf zur Abschaffung des stehenden Heeres und zur Einführung des Militärsystems parieren. Die Vertretung unserer alten Programmforderungen in ihrem ganzen Umfang und allen ihren Konsequenzen würde uns eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Imperialismus in all seinen Zellercheinungen ermöglichen. Sie verliche im Parlament der Stimmung und Auffassung jener Millionen ein kräftiges Echo, die soeben durch ihre Wahlzettel gesprochen haben.“

In dritter Stelle müßte die Partei das Frauenstimrecht, überhaupt die politische Gleichberechtigung aller über 21 Jahre alten Personen ohne Unterschied des Geschlechts, antragsmäßig fordern. Rosa verzichtet auf die verfassungsgemäße Festlegung, daß sie als erste Frauensperson zu wählen sei, damit sie das ganze bürgerliche und revisionistische Pack mit Peitschen und Skorpionen aus dem gesetzgeberischen Tempel zu jagen das Recht habe. Ein schleuniger Antrag auf Aufhebung aller Lebensmittelpflichte und Lebensmittelfreuer sei zwingendes Gebot der parlamentarischen Pflicht der Sozialdemokratie. Und schließlich fordert das Weib noch einen Antrag auf gesetzliche Einführung des achtstündigen Arbeitstages.

Man möchte geneigt sein, diese Verrücktheiten eines hyperbitalen Frauenzimmers von der lächerlichen Seite zu nehmen. Aber das geht doch nicht gut an. Der Artikel erscheint in einem Blatte, das in einer Auflage von rund 80 000 Exemplaren an deutsche Frauen und Mädchen verteilt wird. Er wurde ferner von mehreren Parteiblättern übernommen, ohne daß diese ein Wort der Kritik daran knüpften. Sie erklären sich also eines Sinnes mit den Forderungen des Artikels. Die Luxemburg hat einen weitgehenden Einfluß auf die sozialdemokratische Masse. Als Rednerin sowohl wie als Schriftstellerin ist sie bei zahllosen sozialdemokratischen Frauen und Männern bekannt und angesehen. Und schließlich hat sie auch auf die Partei selbst und ihre Führer einen nicht zu unterschätzenden Einfluß. Sie ist im Parteivorstande und ferner Lehrerin an der sozialdemokratischen Parteischule. Sie erzieht in ihrem Sinne die Parteisekretäre, Parteiredakteure und andere Parteibeamte, die doch die eigentlichen Führer der Masse sind. Wenn nun dieses Frauenzimmer mit derartigen verrückten Forderungen kommt und dafür bereitwilligt die Spalten der Parteipresse offen findet, dann ist das symptomatisch für die ganze Stimmung innerhalb der Partei. Müßen sich daran all jene bürgerlichen Kreise eine Lehre nehmen, die den sozialistischen Wahlsieg mitverschuldet haben.

Der sozialdemokratische Terrorismus im Buchdruckgewerbe ist bekanntlich im Reichstage von den Abgeordneten Becker und Behrens mit besonderem Hinweis auf die Zustände in der Reichsdruckerei scharf kritisiert worden. Mit großer Entrüstung ist von sozialdemokratischer Seite dann alles abgeleugnet, als „christlicher Schwindel“ und „völlig erlogen“ hingestellt worden. Die bezeichnende Tatsache, daß von 16 in der Reichsdruckerei eingetretenen Mitgliedern des Gutenbergbundes 13 zum sozialdemokratischen Verband übergetreten, (die übrigen drei wurden seltsamerweise wegen angeblich „ungenügender Leistung“ (!) entlassen) suchte man damit zu erklären, es sei „freiwillig“ und „aus Ueberzeugung“ geschehen. Wie es tatsächlich mit dieser „Freiwilligkeit“ aussieht, geht aus mehreren Briefen rot gewordener Gutenbergbündler hervor, die im „Typograph“ (Nr. 1, 1912), dem Organ des Gutenbergbundes, veröffentlicht werden. Einer schreibt an den Berliner Ortsvereinsvorsitzenden:

„Hiermit muß ich leider mitteilen, daß ich aus dem Bund austreten muß, da durch mein Eintreten in die Reichsdruckerei, wo — hauptsächlich in der Abteilung wo ich bin — nur alles Verbündeter sind, sonst meines Bleibens wahrscheinlich nicht lange wäre.“

Ein anderer schreibt an einen persönlichen Freund u. a. folgendes:

„Wenn Du Dich dort an den Vertrauensmann des Verbandes wendest und ihm erklärst, Du würdest übertreten, wenn sie Dir die volle Karenzzeit gewähren, so kannst Du sicher sein, daß es gemacht wird und Dir stehen dann auch alle Tüden offen . . . was nützen einem Ideale, wenn die Familie darunter leiden muß; also fort damit. Mir ging es ja auch nicht anders. Wie Du ja jedenfalls wissen wirst, hing ich . . . in der Reichsdruckerei an und war noch über ein halbes Jahr dort Bündler, aber da hatte ich die Sache satt und es blieb mir weiter kein Ausweg, entweder aus der Stellung oder Uebertritt. Ich wählte letzteres und tut es mir heute nicht leid. Ich trat natürlich auch mit voller Karenzzeit über und bekümmerte mich seitdem um garnichts weiter, als zahle meine Beiträge.“

Diese Schreiben sprechen für sich. Öffentlich erklären die Uebergetretenen — natürlich „freiwillig“ — daß sie diesen Schritt aus „freiem Willen“ getan hätten, aber in einem vertraulichen Privatbrief, wo ein Gequälter sein Herz erleichtern konnte, heißt es: „es blieb mir weiter kein Ausweg, entweder aus der Stellung oder Uebertritt“ . . . „was nützen einem alle Ideale, wenn die Familie darunter leiden muß“.

Dieses Treiben des Buchdruckerverbandes, schreit zum Himmel um Abhilfe. Alle Rechtsdenkenden müssen sich vereinen, um solchen Zuständen in einem tariflich geregelten, für das öffentliche Leben überaus wichtigen Gewerbe ein Ende zu bereiten.

Aus unserer Industrie.

Kundschau auf dem Textilmarkte.

Es ist eine eigentümliche Erscheinung, daß der Arbeitsmarkt in den beiden bedeutendsten Industrien Deutschlands — der Metall- und der Textilindustrie — im Dezember eine günstige Gestaltung aufweist. Es ist dies besonders hervorzuheben, weil der Dezember sonst einen starken Rückgang bringt. Schon der November war — im Vergleich zum Oktober und zum November des Vorjahres — nicht ungünstig. Zwar hat sich die Zahl der Arbeitsgesuche gegen den Oktober um eine Kleinigkeit vermehrt, auf 100 offene Stellen kamen im Oktober 143, im November 145 Arbeitsgesuche, doch will das nicht viel besagen, da die Verschlechterung wohl ganz auf das Konto der Jahreszeit zu setzen ist. Im Dezember ist nun — gegen alle Regel — nicht nur nicht eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes eingetreten, sondern eine erhebliche Besserung. Auf 100 offene Stellen kommen 130 Arbeitsgesuche männlicher Arbeitskräfte, gegen 145 im November und 210 im Dezember 1910. Mit diesem Stand ist fast wieder derjenige vom Juli 1911, wo 126 Arbeitsgesuche auf 100 offene Stellen kamen, erreicht.

Arbeitsmarkt für weibliche Arbeitskräfte

hat eine kleine Besserung erfahren, nachdem der November einen Rückgang gebracht hatte. Auf 100 offene Stellen kamen im Dezember 91 Arbeitsgesuche, gegen 96 im November und 95 im Dezember des Vorjahres. Mit der genannten Zahl von Arbeitsgesuchen ist der Stand vom Oktober wieder erreicht.

Besonders erfreulich ist bei der Entwicklung des Arbeitsmarktes, daß er gegen das Vorjahr eine so günstige Gestaltung aufweist — vielleicht ist das ein Zeichen eines dauernden Aufstiegs in der Textilindustrie. Der günstigere Stand darf wohl mit Recht auf die allgemeine lebhaftere Beschäftigung in der Woll- und Baumwollindustrie zurückgeführt werden.

In unserer Industrie sind bei 726 Arbeitsnachweiser insgesamt 2071 Arbeitsgesuche eingelaufen, denen 1624 offene und 1356 vermittelte Stellen gegenüberstehen. Im Vormonat stellten sich die Zahlen auf 2539, 1785 und 1729. Ein günstiges Zeichen ist der starke Rückgang der Arbeitsgesuche, der aus den Zahlen zu entnehmen ist.

Der Arbeitsmarkt in seiner Gesamtheit

hat gegen den November eine wesentliche Änderung nicht erfahren. Der November hatte eine starke Verschlechterung gebracht: die Zahl der Arbeitsgesuche für männliche Arbeitskräfte hatte, auf 100 offene Stellen gerechnet, gegen den Oktober um 30 zugenommen; im Dezember kamen auf 100 offene Stellen 133 Arbeitsgesuche, gegen 182 im Vormonat und 218 im Dezember 1910. Erfreulich wenigstens ist die erhebliche Besserung gegen das Vorjahr. Bei 126 Arbeitsnachweiser sind insgesamt im Dezember (November) 310000 (353000) Arbeitsgesuche eingelaufen, denen 169000 (194000) offene und 151000 (170000) vermittelte Stellen gegenüberstehen. Auch aus diesen Zahlen geht deutlich hervor, daß eine nennenswerte Änderung nicht eingetreten ist.

Zu besonderer Beachtung gibt der Arbeitsmarkt für weibliche Arbeitskräfte Veranlassung. Im November war eine starke Verschlechterung eingetreten — auf 100 offene Stellen kamen 133 Arbeitsgesuche, gegen 114 im Oktober. Der Dezember hat diesen Rückgang wieder eingeholt, da auf 100 offene Stellen nur 112 Arbeitsgesuche kamen. Bei derselben Anzahl Arbeitsnachweiser sind im Dezember (November) 54000 (73000) Arbeitsgesuche eingelaufen, denen 48000 (55000) offene und 32000 (39000) vermittelte Stellen gegenüberstehen.

Stand der Textilindustrie

läuften nicht einheitlich, doch geht durch die meisten ein Zug von Optimismus über auf eine halbwegs Besserung

der Verhältnisse hofft. Die begründete Voraussetzung dieser Hoffnung liegt in dem enormen Rückgang der Baumwollpreise. Eine Besserung macht sich bereits in Westdeutschland geltend, wo sehr lebhafter Geschäftsgang herrscht. Das gleiche kann aber leider nicht von Baden und Sachsen gesagt werden; in Baden sind die Spinnereien ungenügend beschäftigt, in Sachsen sind sie zwar reichlich mit Aufträgen versehen, doch sind die Garnpreise ganz ungenügend. Als ein Zeichen, das bisher noch kaum fröhlich gewesen ist, darf für eine beginnende Besserung die stärkere Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen angesehen werden. Sie erstreckt sich vor allem auf Baumwolle, Wolle, Jute und Hanf. Trotzdem erscheint es mir unangebracht, die Lage allzu rosig zu beurteilen — eines darf nicht vergessen werden, die Kaufkraft des großen Publikums ist eine sehr begrenzte und das wird sich in der ganzen Textilindustrie sehr stark fühlbar machen.

Der Baumwollmarkt

hat sich im Laufe des Januar etwas besetzt, die Preise sind gestiegen — in Bremen für ein 1/4 kg Upland Middling von 54 1/2 Pfg. am 5. Januar auf 58 Pfg. am 26. Januar. Das Geschäft, das anfangs Januar recht ruhig war, hat sich gegen Ende des Monats belebt.

Für die Versorgung mit Baumwolle zu billigen, dem Entenausfall entsprechenden Preisen, besteht eine große Gefahr in den Valorisationsprojekten. Diese sind ja jetzt an der Tagesordnung — für Kaffee ist sie eine erprobte Einrichtung — und es wäre seltsam, wenn sie nicht auch für Baumwolle angewandt würde. Die Grundidee der Valorisation besteht in folgendem: Von einer kapitalstarken Gruppe wird ein Teil der Ernte zurückgehalten, der andere Teil wird entsprechend der lebhaften Nachfrage nicht unter einem bestimmten Preis verkauft. Der zurückgehaltene Teil kommt dann im nächsten Jahr auf den Markt, wenn — wie man hofft — die Ernte wieder schlechter ausgefallen ist. Dem Gerüchte nach sollen in New-York 50 Millionen Dollar bereit stehen, um Baumwolle vom Markte zu halten. Sollte das tatsächlich der Fall sein, so würde eine Preissteigerung der Baumwolle mit Sicherheit eintreten.

Es ist an dieser Stelle schon mehrfach auf die Bedeutung hingewiesen worden, welche unseren Kolonien — insbesondere Ostafrika und Togo — für die Baumwollproduktion zugemessen wird. Aus Ostafrika nun lauten die Berichte über die neue Ernte nicht günstig. Die „Krauskrankheit“ soll viele Pflanzen vernichtet und so den Plantagenbesitzern schweren Schaden zugefügt haben. Vor ein paar Jahren die Missernte in Togo und nunmehr dieser Schlag zeigen deutlich, daß wir über das Stadium des Experimentierens noch nicht hinausgekommen sind.

Der Garnmarkt war anfangs Januar recht ruhig — eine infolge der Feiertage immer wiederkehrende Geschäftsstille. Das Anziehen der Baumwollpreise hatte nun im Verlauf des Monats eine starke Nachfrage nach Garnen zur Folge, die sich selbst im Preise etwas besetzten konnten. In M.-Glabach und in Westfalen sind die Spinnereien recht gut beschäftigt. Vielfach wurden Aufträge abgelehnt, wenn die höheren Forderungen nicht bewilligt wurden. Unter diesen Umständen ist es natürlich, daß auch die Gewebe etwas im Preise stiegen, woran übrigens die elsassische Ware keinen Anteil hatte.

Der Wollmarkt

war im verfloffenen Jahre in Deutschland außerordentlich fest — teilweise herrschte infolge der hohen Preise starke Zurückhaltung. Da wir auch in der Versorgung mit Wolle vom Auslande abhängig sind, ist die Produktion in den hauptsächlich Wolle erzeugenden Ländern und Landstrichen — Australien, Neu und La Plata — von der größten Bedeutung. Wenigstens nun die Produktionsverhältnisse hier nicht ungünstig waren — die Produktion stieg von 3291144 Ballen im Jahre 1909/10 auf 3389550 Ballen im Jahre 1910 — so wird doch vielfach die Einfuhr im verfloffenen Jahre als nicht ausreichend betrachtet.

Wenn die deutschen Wollverbraucher gehofft hatten, daß die Mitte Januar begonnenen Wollauktionen in London eine preisermäßigende Wirkung im Inland ausüben würden, sahen sie sich getäuscht. Die Stimmung ist bei uns seit Beginn des Jahres ruhig, die Preise aber sind durchaus fest. Auch in Kammingen, Kamm-lingen und Wollabfällen war das Geschäft von keiner Bedeutung, wenn auch in letzteren, besonders in größeren Quantitäten, einzelne größere Käufe zustande kamen. Die Nachfrage nach Web- und Strickgarnen war im allgemeinen nicht sehr lebhaft, nur bessere Kammgarne und Cheviotgarne waren gut gefragt. Die Preise sind durchweg fest. Der Verkehr in wollenen Geweben war ruhig, sowohl was das Inlands- als auch das Exportgeschäft betrifft. Besondere Aufträge in Möbelstoffen, Teppichen und Decken liegen nicht ein. Von den letzteren ist die Fabrikation in wollenen Pferdebedecken, was die Quantität betrifft, zwar sehr befriedigend, doch sind die Preise ganz ungenügend, so daß unter dem Selbstkostenpreis verkauft werden muß. Um dem Mangel abzuhelfen, haben die Fabrikanten einen Aufschlag von 10% beschlossen.

Das Jutegeterbe.

Obgleich die Juternte nicht schlecht ausgefallen ist, machte sich doch gleich nach Beginn des neuen Jahres eine starke Preissteigerung in Rohjute bemerkbar. Der erste Grund liegt in der geringen Zufuhr, der zweite in der schlechten Qualität der diesjährigen Ernte. Spinnereien und Webereien sind in der Juteindustrie sehr gut beschäftigt, so gut, daß größere Aufträge kaum noch untergebracht werden können.

Von der allgemeinen Besserung des Rohstoffpreises blieb auch die

Seidenindustrie

nicht verschont. Die Flachspreise sind gestiegen und ihnen sind die Garne, die im Dezember etwas zurückgehen mußten, nachgefolgt. Die Steigerung der Flachspreise hat eine sehr lebhafte Nachfrage in Flachs- und Berggarnen hervorgerufen, die sich auch auf Seidengewebe erstreckt. Nach der herrschenden Ansicht dürften überhaupt jetzt bessere Zeiten für die Seidenindustrie kommen — der Zusammenschluß der deutschen Wäschefabrikanten dürfte ebenfalls in dieser Richtung wirken.

Das Seidengeschäft

ist für einzelne Zweige befriedigend. In Schirm- und Krabattenstoffen herrscht gute Nachfrage, die Samt- und Plüschfabriken sind andauernd gut beschäftigt. Natürlich hängt es von der kommenden Mode ab, ob die ersteren eine Fortsetzung des guten Geschäftsganges haben werden. In dieser Hinsicht glaubt man, daß Stoffe in Samt begehrter sein werden, ebenso wie samtne Bänder, die für Putzgarmenten reiche Verwendung finden sollen. Mindestens so aussichtsreich wie für Samt soll sich das Geschäft in Taft gestalten.

In der

sächsischen Handschuh- und Strumpfindustrie

ist die Nachfrage für feine Sorten aus Seide immer noch sehr lebhaft. Es ist dies der einzige Zweig, in dem der Geschäftsgang wirklich zufriedenstellend ist. Auch das laufende Jahr scheint die Mode des seidenen Strumpfes beizubehalten.

Aus dem Gesagten läßt sich erkennen, daß getreiß manche Punkte vorhanden sind, welche die Hoffnung auf eine günstigere Gestaltung der Textilindustrie im neuen Jahr gerechtfertigt erscheinen lassen — in erster Linie ist die Befestigung des Garnmarktes zu nennen —, immerhin bleiben aber noch manche Wenn und Aber, die zu schweren Bedenken Anlaß geben. Die nächste Zeit schon wird aber eine Klärung der Lage bringen.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten.

Nachen.

Die Spulerrinnen der Firma Kax und Langstadt haben am 4. Februar, wegen Lohnendifferenzen die Kündigung eingereicht. In Frage kommen drei Arbeiterinnen, von welchen zwei dem sozialdemokratischen und eine unserm Verbands angehören. Die Ursache der Kündigung ist eine Reduzierung der Akkordlöhne um 25%. Die Firma hat eine neue Spulmaschine aufgestellt, die nach ihrer Angabe ein Viertel mehr leisten soll, als die alte Maschine, was die Arbeiterinnen entschieden bestritten, da sie bei gleichen Akkordlöhnen keinen höheren Wochenlohn erzielen können als früher. Alle Verhandlungen mit der Firma waren erfolglos. Bezug ist, bis zur Erledigung der Differenzen, streng fernzuhalten.

Forst (Lausitz).

Gründliche Differenzen. Es ist schon in einer früheren Nummer unseres Organs darauf hingewiesen, daß die Firma Kaminsky versucht, das Zweifelhafte einzuführen. Es hat sich nunmehr auch schon ein Weber gefunden, welcher an zwei Stühlen arbeitet. Der Verdienst desselben soll, wie uns mitgeteilt wurde, noch nicht mal so hoch sein, wie der Lohn eines Einfühlwebers. Die übrigen Weber sträubten sich, zwei Stühle zu bedienen. Es werden nämlich sehr komplizierte Artikel verwebt. Die Ketten sind vielfach so kurz, daß sie in einem Tage abgewebt werden.

Auch die Bezahlung der Neben- und Stundenarbeit läßt vieles zu wünschen übrig. Während in einer Anzahl von anderen Webereien für Weber ein Stundenlohn von 35 Pfg. gezahlt wird, gibt es hier nur 30 Pfg. Auch wird Klage geführt, daß für gleiche Arbeit höchst ungleiche Löhne gezahlt werden. Ebenso wird auf die Lohnzahl der Webstühle keine Rücksicht genommen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es bei Kaminsky aus den geschilberten Ursachen zum Streik kommt.

Bei der Firma Beschel kam es im Laufe voriger Woche zu ernstlichen Verwicklungen. Drei Arbeitskollegen sollten sofort entlassen werden, weil sie einige Minuten vor Schluß der Arbeitszeit sich gewaschen und angekleidet hatten. Das Vorstelligwerden einer Kommission hatte den Erfolg, daß die Entlassung zurückgenommen wurde. Gleichzeitig wurde aber bekanntgegeben, daß der Beschluß des Fabrikantenverbandes laute: Jeder Arbeiter, welcher sich vor der Zeit wäscht und ankleidet wird mit 6 Mark Strafe bestraft, im Wiederfall entlassen.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir darauf hinweisen, daß obige Strafe im Widerspruch mit der Gewerbeordnung steht und auch die Strafe der Entlassung viel zu hoch für eine derartige „Sünde“ ist. Der Wunsch der gesamten Textilarbeiterschaft geht dahin, daß sie das alte Gewohnheitsrecht, mittags und abends einige Minuten Zeit zum Waschen und Ankleiden zu haben, auch nach Einführung des Zehnstundentages behalten möchten. U. E. wäre solches auch ohne Schaden für die Arbeitgeber sehr wohl möglich.

Wenn die Arbeitgeber ihre Drohung wahr machen, könnten auch sehr ernste Situationen entstehen. Nachschrift: Wie uns mitgeteilt wird, ist inzwischen der Streik bei der Firma Kaminsky zur Tatsache geworden. Die Bemühungen der Organisationsvertreter, die Differenzen in friedlicher Weise beizulegen, scheiterten an dem ablehnenden Verhalten der Firma. Bezug ist streng fernzuhalten.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Quetschid. Seit einer Reihe von Jahren beschwerten sich die Weberinnen und Weber der Firma Karl Feinmann über die Behandlung, die ihnen seitens des Meisters Schunt zuteil wird. Mehrmals hat auch auf Beschwerde der Arbeiter hin die Firma Abhilfe zugesagt. Ging es eine kurze Zeit etwas besser, so trat das alte Leid doch bald wieder ein und die Schikanen wurden wieder üblich. Hat jemand auch eine noch so kleine Stuhlreparatur, so trägt er nach Ansicht des Meisters die Schuld daran. Es muß betont werden, daß hier geübte, ältere Weber und Weberinnen arbeiten, die die Handhabung des Webstuhles sehr gut verstehen und in vielen Punkten bei Meister Schunt keine Lehre zu nehmen brauchen. Oft kommt es jedoch vor, daß Weberinnen aus Furcht vor dem Meister kleinere Fehler nicht melden, sodaß dann zum Nachteil der Arbeiterinnen wie der Firma größere Schäden entstehen. Man soll doch annehmen, daß auch die Firma endlich einsehen müsse, daß eine anständige, fleißige und nüchterne Weberschaft, die sich um ihr Auskommen Tag für Tag von morgens früh bis abends an die Arbeit hält, und mit der Firma auch gut bestehen kann, eine anständige Behandlung verlangen kann. Mehrmals haben die Weber die Firma hierauf aufmerksam gemacht. Meister Schunt aber wird in und auch außer der Fabrik mit seinem Auftreten bei den Arbeitern keine besondere Achtung ernten. Die Erregung ist jetzt gerade hoch genug gestiegen, und wird es, wie an anderen Orten, so auch hier noch Mittel geben, einer guten Arbeiterschaft eine gebührende, anständige Behandlung zu verschaffen.

Enpen. Die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung erfolgt von jetzt ab: Freitags nachmittags von 5 Uhr ab, bis 7 1/2 Uhr abends. Unsere Mitglieder werden gebeten, die Zeit genau inne zu halten.

Forst (Rauff). Ein immer regeres Interesse an unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung ist in der Ortsgruppe Forst zu beobachten. Unsere am 30. Januar stattgefundene außerordentliche Mitgliederversammlung war so stark besucht, daß der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war, eine Anzahl Kollegen mußte sich mit einem Stehplättchen begnügen. Kollege Fabbender gab den Kassenbericht vom IV. Quartal 1911. Aus demselben ist besonders hervorzuheben, daß auch im letzten Quartal des verfloffenen Jahres unsere Mitgliederzahl um 39 gestiegen ist. Da von den Revisoren erklärt wurde, Bücher, Belege und Kasse in der besten Ordnung gefunden zu haben, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf erhielt unser Bezirksleiter, Kollege Sparenberg, das Wort zu seinem Vortrag: „Die Notwendigkeit der Einführung eines wöchentlichen Lokalbeitrages.“ Redner verstand es, die Notwendigkeit der Einführung eines wöchentlichen Lokalbeitrages den Anwesenden an der Hand von Beispielen klar vor Augen zu führen. Er wies besonders darauf hin, daß nur eine Organisation mit einer starken Kriegskasse in der Lage wäre, ihren Verpflichtungen gegenüber der Arbeiterschaft nachzukommen. In seinem 1/4 stündigen Vortrage widerlegte er alle Bedenken, die eventuell gegen eine Einführung der Lokalbeiträge ins Feld geführt werden könnten. Die Ruhe und das Interesse, womit die Anwesenden Worten des Referenten folgten, bewiesen am besten, daß er die richtigen Worte gefunden hatte. Hierauf entspann sich eine sehr lebhaft diskussion. Von allen Diskussionsrednern war nur ein einziger, welcher Bedenken äußerte. Derselben wurden jedoch vom Kollegen Fabbender als nicht haltbar widerlegt. Nachdem dieser die Ausführungen des Referenten noch ergänzt hatte, wurde eine schriftliche Abstimmung vorgenommen. Das Resultat derselben war sehr erfreulich. Die übergroße Majorität entschied sich für Einführung eines Lokalbeitrages von 5 Pfg. pro Woche ab 1. April d. J. Nur 17 von den abgegebenen Stimmzetteln lauteten auf nein. Hoffentlich wird die Minorität den Beschluß der Majorität mit zur Durchführung bringen helfen. Kollegen und Kolleginnen, jetzt heißt es, an die Arbeit gehen. Jeder stelle sich in den Dienst der guten Sache, um Aufklärung zu schaffen über die Notwendigkeit der Einführung des Lokalbeitrages bei denjenigen, welche an der Versammlung nicht teilgenommen haben. Zeigen wir, daß wir Gewerkschaftler sind und uns nicht an Opferfreudigkeit von Mitgliedern anderer Gewerkschaften in den Schatten stellen lassen wollen. Unsere Aufgabe soll es für die Zukunft sein, nicht zu ruhen und nicht zu rasten, bis auch der letzte national gesinnte Arbeiter unter das schützende Dach des christlichen Textilarbeiterverbandes gebracht worden ist.

Forchheim in Bayern. Zur Nachahmung empfohlen! In der letzten Zeit wurden von unserem Bezirksleiter, Kollegen Müller, in drei Versammlungen Vorträge gehalten über die Notwendigkeit der Einführung von Lokalbeiträgen in unserem Verbands. Von der Bezirksleitung waren auch alle Mitglieder einmal zu einer außerordentlichen Mitglieder- und dann ein andermal zu der Jahresgeneralversammlung durch besondere Druckfachen eingeladen worden. Das Referat in der Generalversammlung hatte den nicht geahnten Erfolg, daß einige opferfreudige Kollegen aus der Agitationskommission sich freiwillig bereit erklärten, alle Mitglieder durch eine Hausagitation für den Gedanken der Einführung eines Lokalbeitrages zu gewinnen. Die Abstimmung durch die Agitationskommissionsmitglieder fand statt, und nur mit wenigen Ausnahmen haben sich alle Mitglieder für die Einführung des Lokalbeitrages durch ihre Unterschrift erklärt, vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung in der nächsten Versammlung. Diese Versammlung fand nun am Kaisergeburtstage, am 27. Januar, statt. Wohl noch selten hat eine Versammlung in unserer Ortsgruppe einen solchen imposanten Verlauf genommen und wohl bisher noch nie hat eine Versammlung einem fortschrittlichen Beschlusse mit solcher Einmütigkeit und Begeisterung zugestimmt, als wie unsere Versammlung am 27. Januar. In packender und überzeugender Weise hatte sich unser Bezirksleiter über eine für unser inneres Verbandsleben bedeutungsvolle gewordene Neuerung verbreitet, dabei die Frage der obligatorischen Einführung von Lokalbeiträgen in unserem Verbands von neuen Gesichtspunkten aus behandelt. Nach dem Vortrage wurden von mehreren Kollegen etwaige Bedenken gegen die Einführung der Lokalbeiträge noch ganz geschickt zerstreut, und dann ergab die Abstimmung das sehr erfreuliche Bild, daß alle Anwesenden in der sehr gut besuchten Versammlung einstimmig für die Einführung eines lokalen Wochenbeitrages von 10 Pfg. ab 1. April 1912 waren. Dieses Resultat stellt, wie der Referent auch in seinem Schlusswort noch gebührend hervorhob, den Forchheimer christlichen Textilarbeitern das ehrende Zeugnis der einmütigen und fortgeschrittenen Gewerkschaftler aus. Redner kam zum Schluß auch noch zu sprechen auf die Aufgaben der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, die besonders unserer Bewegung nach den Vorgängen der letzten Zeit auf politischem Gebiete, die ein Anschwollen der roten Flut gebracht hätten, uns erwachsen und

erinnerte daran, daß wir einer nationalen Bewegung angehörten und dieser dienen müßten, und an die Bedeutung des Tages, wo alle national gesinnten Männer den Geburtstag Sr. Majestät des Deutschen Kaisers feierten und schloß mit den Worten: Auf zu neuer Arbeit! Auf auch zu neuer Arbeit für Kaiser und Reich, für König und Vaterland! Mit einem brausend aufgenommenen Hoch auf unser geliebtes deutsches Vaterland, an dem wir mit jeder Faser unseres Herzens hängen und für das einzutreten wir gerne mit Gut und Blut bereit sind, sowie die von Gott gesetzten Repräsentanten staatlicher Ordnung und Gerechtigkeit, S. M. den Deutschen Kaiser Wilhelm II. und S. R. Hoheit den Prinzregenten Luitpold, des Königreichs Bayern allgeliebter Verwalter, fand die sehr anregende und begeisterte Versammlung ihren Abschluß.

Forchheim i. B. Im Jahre 1911 fand eine Generalversammlung, eine Agitationskonferenz, 10 Mitglieder- und drei öffentliche Versammlungen, sowie fünf Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen statt. Der Bezirksleiter, Kollege Müller, besuchte im Berichtsjahre die Ortsgruppe achtmal und der Geschäftsführer, Kollege Wittenkind, siebenmal. Die Einnahmen betrugen M. 1458,70. In die Zentralkasse wurden abgeschickt M. 745 und an Krankenunterstützung M. 335,47 und an Arbeitslosenunterstützung M. 119, sowie M. 40 an Umzugsunterstützung ausbezahlt. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 1911 87, am 1. Januar 1912 dagegen nur noch 50. Der Mitgliederverlust ist ausschließlich zurückzuführen auf die für die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter nachteiligen Folgen der Hofer Aussperrung.

Aus der Neuwahl gingen folgende Kollegen hervor: 1. Vorsitzender Anton Kupfer, Wallstr. 13; 2. Vorsitzender Georg Kaiser, Schriftführer Georg Obenaus, als Vertrauensmänner Haas und Walz, Revisoren Georg Schmitt und Adam Bauer. Kartelldelegierte Anton Kupfer, Georg Kaiser, Andreas Dohls, Andreas Fischer und Wilhelm Hertel. Bibliothekar blieb wie bisher Kollege Kaiser. (Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß am 2. und 4. Sonntag jeden Monats im Restaurant Judewirt Wäckerwiesl stattfindet. Die Unterstüßungen werden jeden Sonntag von 12 bis 2 Uhr beim Kassierer, Andreas Kupfer, Alleestraße 6, ausbezahlt.)

Gera (Neuß). Friede ernährt, Unfriede verzehrt! Wenn dieses Sprichwort je seine Berechtigung hatte, so in unserer Ortsgruppe. Trotzdem sämtliche Mitglieder alle Ursache hätten, gerade in unserer Ortsgruppe sich zu gemeinschaftlicher Arbeit zu sammeln, werden in die Versammlungen immer wieder Streitobjekte hineingetragen, die alles andere eher, denn eine gedeithliche Fortentwicklung der Ortsgruppe garantieren.

Unter diesem Eindruck tagte am Sonntag, den 14. Jan., unsere Generalversammlung im Hotel „Kronprinz“. Aus dem Jahresbericht ist folgendes hervorzuheben: Die Ortsgruppe hatte eine Einnahme von 667,10 M. zu verzeichnen. Für Unterstüßungen wurden 158,85 M. ausbezahlt. Seit Bestehen der Ortsgruppe sind nicht weniger als 158,85 M. an Unterstüßungen geleistet worden. Für die Stärke der Mitgliederzahl wird mehr als bisher getan werden müssen. Darauf erkrankte der Kassierer Kollege Wör den Kassenbericht vom vierten Quartal 1911. Kasse und Bücher sind in Ordnung befunden worden. Durch einen Situationsbericht über „Die allgemeine gewerkschaftliche Lage der Textilarbeiter Sachschüringens“, den der Kollege Melcher aus Greiz in kurzen Zügen zeichnete, wurde jeder der anwesenden Kollegen von der Notwendigkeit einer Stärkung unserer Ortsgruppe durch Zuführen neuer Mitglieder überzeugt. Da der erste Vorsitzende Kollege Gräfe und der Kassierer Kollege Wör die Weiterführung der Ortsgruppe nicht mehr übernehmen wollten, wurde der Kollege Richard Steingrüber, Debschowitz, Südstr. 23, gewählt. Alle Unterstüßungsmeldungen werden dort entgegen genommen, auch werden die Unterstüßungen dort Sonntags von 10-12 Uhr vormittags ausgezahlt. In einem kräftigen, sinnreichen Schlusswort, welches der Kollege Ranis aus Greiz hielt, forderte derselbe alle Mitglieder auf, im neuen Jahr einiger als wie im alten für die Stärkung unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung in Gera zu sorgen.

M.-Gladbach. Auf die Finger klopfen wollen wir einmal ausnahmsweise dem Berichterstatter in Nr. 4 der Hirsch-Dunderschen „Deutschen Textilarbeiterzeitung“ aus M.-Gladbach. Hat man da bei der Firma Schürenberg einen Gewerksvereiner, bisheriges Mitglied des Arbeiterausschusses, bei den letzten Wahlen zum Arbeiterausschuß nicht wiedergewählt. Das hat nun den Hirsch-Dunderschen Schriftreiber erboht, deshalb hat er sich auf seinen Hosenboden gesetzt, um den Gladbacher Christlichen einmal gründlich anzuschreiben. Erstens paßt es ihm nicht, daß der Kollege Herms ohne seine Erlaubnis unsere bei der Firma beschäftigten Mitglieder zu einer Versammlung eingeladen hat. Freude macht es ihm aber, daß eine Anzahl unserer Kollegen derselben fern blieben. Zur Ausschuswahl aber heißt es: „Trotzdem wählte die größte Anzahl der Weber unseren Kollegen wieder und erhielt derselbe eine stattliche Anzahl Stimmen.“ Na nu, mein Herr Gewerksvereiner, im Behauptungen aufstellen scheintst du ziemlich unverfroren zu sein. Aus folgender Zusammenstellung magst du ersehen, wie gut du zu kluntern verstellst. In dem Betriebe sind im ganzen 57 Weber beschäftigt. Bei der Ausschuswahl aber erhielt das H.-D. Ausschusmitglied ganze 10 oder 11 Stimmen. Wenn dies nun die größte Anzahl der Weber darstellen soll, so ist diese Berechnung wahrscheinlich nur ein besonders bestimtes Bestium des Gewerksvereiners. Nach außen hin möchte derselbe sich wohl gern den Anstrich geben, als wenn seine Organisation hier und besonders in dem betreffenden Betriebe ziemlich stark vertreten wäre. Die auf das Ausschusmitglied entfallenen Stimmen entsprechen aber genau seiner dort vorhandenen Mitgliederzahl. Sind doch in dem Betriebe 10 Mitglieder des Hirsch-Dunderschen und 1 Mitglied des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes vorhanden, und somit auch die 11 Stimmen. Wenn wir nun auf die Vorgänge zurückgreifen, welche sich vor der Wahl abgespielt haben, so müssen die Vertreter der H.-D. sich über das Ergebnis nicht wundern. Wer war es, der die Einladungskarte für die christlich organisierten zerriß? (Dies ist übrigens neuerdings eine Spezialität unserer Gegner. Zwar ein recht klägliches Benehmen.) Von wem gingen die Fettel aus, auf welchen zum Fernbleiben von der Versammlung agitiert wurde? Wer war es, der unbefugter Weise ein Paket mit der Westdeutschen Arbeiterzeitung nahm und nachdem er den Ausdruck gelesen hatte, der übrigens auf ihn gewirkt haben wird, ganz einfach wegworf? Alles dies hat nicht zur Geringste, aber auch nicht zu einer Sympathie für die H.-D. beigetragen. Nach all dem nimmt es sich übrigens kläglich aus, wenn man andere als Störer der Einigkeit hinzustellen versucht. Oder versucht man hier nach dem Rezepte zu handeln: Haltet den Dieb? Doch rette, was zu retten ist, dachten unsere Gewerksvereiner, deshalb half, was helfen mag. Sie beriefen eine Versammlung für alle Arbeiter ein. Mit den zehn Mann aber, die man hier zusammengebracht hatte, war der

Einfluß und das Ansehen auch nicht mehr zu retten. Die Antwort, die man durch die Wahl erhielt, war eben eine verdiente.

In derselben Nummer der H.-D. Zeitung fiel auch noch etwas anderes auf. Unter „Arbeiterbewegung“ berichtet sie über „die Streitigkeiten bei der Firma Josten in M.-Gladbach“. Hier heißt es: „Zwar hat die Firma einige winzige Zugeständnisse gemacht, aber Grundlohnherhöhung, davon kann in einem Betriebe, welcher kaum 8-12% jährlich abwirft, keine Rede sein.“

Folgende Fragen seien daher gestattet: Waren die Zugeständnisse deshalb winzig, weil kein Mitglied des Gewerksvereins dort vertreten war? Sind dem Berichterstatter vielleicht in M.-Gladbach Firmen bekannt, die höhere Grundlöhne haben wie die Firma Josten?

Gronau. In der vorigen Nummer ist geschildert worden, in welcher unnoblen Weise der Genosse Mathies das Gattrecht ausübte, das ihm in unserer Versammlung gewährt wurde. Kollege Sparenberg wollte auf die Rede hin einige Ausführungen über die Bedeutung des Sozialismus, dessen Befähige, die im Erfurter Programm festgelegt sind, machen. Die Genossen aber machten die Ausführungen durch ihre Gejohle und Gebrüll nahezu unmöglich. Der rote Artikel-schreiber behauptet, Sparenberg habe in seiner höchsten „christlichen“ Mut in die Versammlung hineingerufen: Kollegen, nun seht ihn euch an, in Hannover haben sie ihn entlassen, weil er Mein und Dein nicht unterscheiden konnte, holländisch versteht er nicht, was will der überhaupt hier. Diese Darstellung ist un wahr! Es war vielmehr so: Kollege Sparenberg bediente sich, weil die holländische Arbeiterkraft doch nicht deutsch versteht, der an der Grenze üblichen plattdeutschen Sprache. Da rief ihm M. zu: Ich kann dich nicht verstehen. Also wohltaemerk: (Genosse Mathies versteht die Ausführungen des christlichen Redners nicht, trotzdem kann er gegen die Ausführungen diskutieren. Erkläre mir Graf Drindus... D. V.) Kollege Sparenberg antwortete: Ich bin doch nicht deinetwegen, sondern der Leute wegen hier. Ich kann nicht beargen, daß der sozialdemokratische Textilarbeiterverband Beamte nach Gronau schickt, der die Leute nicht versteht. Daß die Versammlung hierbei in ein schallendes Gelächter ausbrach, ist angesichts der lächerlichen Situation, in welcher Genosse Mathies sich befand, wohl zu verstehen. Als derselbe nun einfach, daß er sich blamiert hatte, versuchte er es mit Beleidigungen und Drohungen. Er kam mit erhobener Faust aus dem Hintergrunde des Saales auf Sparenberg zu und rief: „Du erbärmlicher Feigling! Warte! wenn du mal erst in Forst bist, dann wird man dir deine große Klappe schon zumachen.“ Die Genossen begleiteten die Ausführungen mit Gejohle und lärmenden Zurufen.

Kollege Sparenberg, der mit seinen Ausführungen über die Unhaltbarkeit des Erfurter Programms weiter fortfahren wollte, wurde durch den sich wie einen springenden Derrwisch gebärdenden Genossen Mathies daran gehindert. Kollege Sparenberg sagte hierauf: „Veruhige dich doch! du kannst den Unterschied zwischen Mein und Dein doch nicht verstehen.“ Er wollte damit sagen, daß auf Grund des von Mathies angegebenen Sozialismus, formuliert im Erfurter Programm, der Eigentumsbegriff so, wie wir denselben auffassen, nicht bei den Genossen besteht. Wenn Kollege Sparenberg diese Gedanken nicht klarer zum Ausdruck bringen konnte, so war daran nur der von den Genossen verübte Lärm schuld, welcher so schlimm wurde, daß der überwachende Polizeibeamte Feierabend gebot. So und nicht anders war der Hergang. Genosse Mathies, der in der Versammlung Fiasco erlitten hatte, rief nummehr das bürgerliche Gericht zur Hilfe, um sich seine ihm angeblich angetane Ehre reparieren zu lassen. Kollege Sparenberg war gezwungen, Widerklage zu erheben.

Vor dem Schöffengericht in Mhas fanden zwei Termine statt. Im ersten Termin waren nicht, wie im roten Verbandsorgan geschrieben wurde, Mandat veranfaßt, sondern das Gericht war sich selbst nicht darüber klar, ob es für das im Auslande verübte „Verbrechen“ zuständig war. Im zweiten Termine wurden beide, Privatkläger und Angeklagter, zu 50 M. Geldstrafe und zur Hälfte der Kosten verurteilt.

Auf das Zeugnis von zwei Genossen, wovon noch einer angab, schlecht hören zu können, wurde angenommen, daß Kollege Sparenberg die betr. Neuerung in dem vom Privatkläger Genosse Mathies geäußerten Sinne getan habe. Dem gegenüber stand das einwandfreie Zeugnis drei anderer Zeugen, welche das Gegenteil aus sagten.

Gegen dieses Urteil wurde von beiden Seiten Berufung eingelegt.

In dem Termine am 14. Dezember, vor dem Landgericht in Müritzer, machte der Vorsitzende des Gerichts folgenden Vergleichsvorschlag, welcher auch von den Parteien angenommen wurde:

1. Der Angeklagte gibt die Erklärung ab, daß er dem Privatkläger den Vorwurf der Unehrlichkeit während seiner Tätigkeit im Haushaltverein in Hannover nicht machen wolle und auch nicht machen könne und nimmt die in dieser Beziehung angeblich gemachten Neuerungen zurück. Der Privatkläger erklärt, daß er den in Beziehung auf den Angeklagten „angeblichen“ Ausdruck „erbärmlicher Feigling“ zurücknimmt.
 2. Beide Teile ermächtigen sich gegenseitig, den Vergleich, in ihnen erforderlich erscheinender Weise, aber jedesmal auf eigene Kosten zu veröffentlichen.
 3. Der Privatkläger nimmt die Privatklage, der Widerkläger die Widerklage zurück.
 4. Von den gerichtlichen Kosten des Verfahrens trägt der Angeklagte zwei Drittel, der Widerkläger ein Drittel. Die außergerichtlichen Kosten werden gegeneinander aufgehoben.
- Unterschriften:
- Kollege Sparenberg konnte angesichts der Verhältnisse, weil durch die eidlischen Aussagen der Zeugen des Gegners ein freisprechendes Urteil doch aussichtslos war, nichts besseres tun, als dem Vergleiche zustimmen. Die „angebliche Neuerung“ über „Mein und Dein“ hatte sich ja tatsächlich nicht auf den Konsumverein beziehen sollen. Bei Ueberrnahme der Zweidrittel gerichtlicher Kosten waren folgende Beweggründe maßgebend:

1. Hat der Privatkläger bei Nicht besehen in Wirklichkeit dadurch bedeutend mehr Kosten, als er in allen drei Terminen auf eigene Rechnung eine Anzahl Zeugen mitbrachte, welche nicht vom Gerichte geladen waren und die er deshalb selbst bezahlen mußte.
2. Ist es bei Prozessen mit sozialdemokratischen Funktionären schon sehr oft vorgekommen, daß dieselben „gesetzlich“ eingerichtet waren. Erst vor kurzem noch hatte ein christlicher Beamter gegen einen Funktionär des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in einer Beleidigungsklage ein obliegende Urteil erlangt. Trotzdem mußte unser Kollege, weil der Genosse „gesetzlich“ eingerichtet (das heißt bei demselben nichts zu holen war) die dem Beurteilten auferlegten

Kosten, sogar die außergerichtlichen, tragen. Deshalb war, weil man in diesem Falle ja nicht wußte, wie man davon war, Vorsicht am Plage.

Was nun die Schlussfolgerungen im „roten“ Textilarbeiter angeht, so kann hierüber die Textilarbeiterschaft in Grottau und Umgegend wohl am besten urteilen. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß Genosse Mathies bei dem Urteil der öffentlichen Meinung keine Lorbeeren ernten wird.

Gütersloh. Daß im verfloßenen Jahre auch in Gütersloh die christliche Gewerkschaftsbewegung gute Fortschritte gemacht hat, davon legte der Geschäftsbericht, welcher vom Kollegen Kicker in der Generalversammlung erstattet wurde, Zeugnis ab. Die Mitgliederzahl, welche im Anfang des Jahres 184 betrug, war am Schlusse des Jahres auf 291 gestiegen. Außer den 7 Vorstands- und 3 Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen haben noch 6 Mitglieder-, 14 Fabrikversammlungen und eine öffentliche Versammlung stattgefunden. In Lohnbewegungen sind 95 Mitglieder beteiligt gewesen, und haben 68 Mitglieder 5-8 Prozent und 17 Mitglieder 6 Prozent Erhöhung erreicht. Nur bei einer Firma, wo unsere 10 Mitglieder in der Minderheit gegenüber der gegnerischen Organisation waren, ist nichts erreicht worden. Bei der Wahl der auscheidenden Vorstandsmitglieder wurde Kollege Hippe als Vorsitzender an Stelle des Kollegen Thumel, welcher wegen Verlegung seines Wohnsitzes die Wiederwahl ablehnte, gewählt und an dessen Stelle als Schriftführer Kollege Thumel. Nachdem noch die Wahlen der Kassenrevisoren und Kartelldelegierten getätigt waren, wurde die Generalversammlung vom Kollegen Hippe mit einem kurzen Schlusswort und einem kurzen Appell zur Mitarbeit geschlossen.

Hardt. Unsere Ortsgruppe hat im verfloßenen Jahre erfreuliche Fortschritte gemacht. Dank der regen Mitarbeit unserer Vertrauensleute und besonders unserer Agitationskommission, ist die Mitgliederzahl um 40 gestiegen. Unser Vorsitzender, Jakob Meulenberg, wurde in der Generalversammlung einstimmig wiedergewählt, ebenso unser Schriftführer, Wilhelm Stams. Unsere Vertrauensleute wurden per Akklamation wiedergewählt. Als Kassenrevisoren wurden gewählt Kollege August Bieten und Kollegin Katharina Herfers, als Kartelldelegierte Heinrich Baum und Peter Patten. Mögen nun alle Neugewählten und alle Mitglieder ihre Pflicht tun, damit unsere Ortsgruppe auch im neuen Jahre wachsen und blühen kann.

Gausen (Baden). Es war recht erfreulich, daß zu unserer Generalversammlung auch ein Teil derjenigen Mitglieder erschienen war, die in der jüngsten Hausagitation gewonnen wurden. Die Versammlung war aber auch lehrreich, namentlich infolge des Vortrages des Kollegen Kiefer über das neue Invalidenversicherungsgesetz. Die Wahlen gingen glatt von statten. Hauptsächlich erschienen zur nächsten Versammlung alle Mitglieder.

Sehn. Von hier ist über zwei Begebenheiten zu berichten. Am 21. Januar fand ein Familienfest statt. Dasselbe nahm einen glänzenden Verlauf. Es bot neben musikalischen Darbietungen, Gesangsvorträge des kirchlichen Gesangsvereins und des M.-G.-S. „Konstantia“, ein von Mitgliedern aufgeführtes kleines Theaterstück. Neben dem unterhaltenden Teil war auch für den Ernst gesorgt. Im ersten Teile hielt Herr Hauptlehrer Gickmann einen hochinteressanten 45minütigen Vortrag. Im zweiten Teile referierte der Kollege Müller über die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften. Beide Vorträge wurden von den Anwesenden mit Interesse entgegengenommen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die gesprochenen Worte auf fruchtbaren Boden gefallen sind und für die jetzt beginnende Hausagitation das Best gebend haben. Am Sonntag nachher fand unsere Generalversammlung statt. Der Jahresbericht ergab einen Mitgliederzuwachs von 26. Die Kasse war in Ordnung. Die Ergänzungswahlen zum Vorstande wurden getätigt. Der Kollege Reiners wurde als Bibliothekar gewählt, so können Bücher bei diesem entgegengenommen werden. Hierauf hielt der Kollege Hermes einen kurzen Vortrag über „die momentane Lage und die letzten Lohnbewegungen in M.-Glabbadach“. Nachdem noch für die Ausschaltung der Unterstützungen eine Aenderung angeregt wurde, die Versammlung geschlossen. NB. Letzteres ist dahin geändert, daß die Unterstützungen Freitags und Samstags, abends von 8-9 Uhr im Konsumhaus Sehn 69 vom Kollegen H. Klusen ausgezahlt werden.

Hof a. d. Saale. „Mittlich halten!“ Das war die Parole, unter der sich die Mitglieder zur 1. Generalversammlung am 20. Januar vereinigten. Sofort nach Verlesung des Protokolls ergriß der 1. Vorsitzende, Kollege Staudenmaier, das Wort zu seinem Geschäftsbericht. Er erwähnte darin die Gründung der Ortsgruppe, die im April v. J. mit sieben Mitgliedern vorgenommen wurde. Die Bekämpfung von Seiten des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes blieb nicht unberücksichtigt. Ferner sei erwähnt, daß unsere Ortsgruppe eine ziemlich reiche Versammlungstätigkeit entwickelt hat. 15 Mitglieder sowie eine öffentliche Versammlung wurden abgehalten. In 14 Vorstandssitzungen beriet der Vorstand über die Geschäfte der Gruppe. Durch Vorträge verschiedener Art ist den Mitgliedern reichlich Gelegenheit zur Aufklärung geboten worden. Zur finanziellen Stärkung erhebt die Ortsgruppe seit Oktober v. J. einen Sozialbeitrag von 5 Pfg. wöchentlich pro Mitglied. Mit einem warmen Appell, immer treue Förderer der Gruppe auch in Zukunft zu sein, schloß der Vorsitzende seinen Jahresbericht. Alsdann nahm das Wort der Kassierer, Kollege Puh, zur Erörterung des Kassenberichts vom 4. Quartal 1911. Dieser wurde von den Revisoren für richtig befunden.

Mit der Führung der Ortsgruppe wurden die alten Kollegen wieder betraut. Alsdann wurde beschlossen, den Versammlungstag von Mittwoch, immer auf den dritten Samstag zu verlegen.

Ein kurzer Ausblick des 1. Vorsitzenden eröffnete den Kollegen, das der gegenwärtige Stillstand im Wachstum der Mitgliederzahlen auf die politische Verhältnisse im bayerischen Lande zurückzuführen sei. Selbst die bürgerliche Presse gefällt sich im Los sozialistischer Phrasendreher. Nach nochmaliger Erinnerung, dieserhalb nicht zu verzagen, fand die schön verlaufene Versammlung ihr Ende.

Hünningen i. G. Unsere Generalversammlung vom 28. Januar war verhältnismäßig gut besucht. Nach dem Bericht des Vorsitzenden fanden im verfloßenen Jahre neun Mitgliederversammlungen mit sieben Vorträgen statt. Ferner fand unter hiesiger Beteiligung ein Unterrichtskursus statt. Der Kassierer gab eine kurze Zusammenfassung über die Gewerkschaften und Aufgaben im verfloßenen Jahre, aus dem wir folgendes entnehmen: Im Jahre wurden für 1349,60 Mark verlost. In die Zentralkasse wurden 1002,92 M. eingezahlt. Der Sozialbeitrag wurden 202,40 M. überwiesen. An Staatsanleihen wurden 124,- M. ausbezahlt.

Bei den Vorstandswahlen wurde der bisherige Vorsitzende, Karl Buchner, wiedergewählt. Da die bisherigen Vertrauensmänner ihr Amt wieder alle weiter befolgten,

hat die Zusammenziehung des Vorstands- und Vertrauensmännerapparates keine große Aenderung erfahren. Als Kassenrevisoren wurden die Kollegen Wilhelm Kauth, Anton Diehl und Geratin Didier gewählt.

Nachdem der geschäftliche Teil erledigt war, sprach Kollege Bilger-Mühlhausen über das Thema: „Die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften für die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen“. Aus dem Applaus, welchen Kollege Bilger für seine Ausführungen erntete, war zu ersehen, daß der Referent allen Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. Zum Schluß der Generalversammlung wurde beschlossen, wieder Hausagitation unter der Jugend und den Arbeiterinnen zu betreiben.

Zinnenstadt. In unserer gut besuchten Generalversammlung wurde der bisherige Vorsitzende wiedergewählt. Zu weiteren Vorstandsmitgliedern wurden gewählt Maria Wegschneider als Kassiererin, L. Felschuh als Schriftführerin, Revisoren wurden die Kollegen Ulrich und Burthart, Vertrauenspersonen die Kolleginnen Felschuh und Prithart. Nach einem Vortrage des Kollegen Jelle aus Rempten fand die Versammlung ihr Ende.

Kaufbeuren. In einem Rückblick über die Arbeit des verfloßenen Jahres, den unser Vorsitzender in der letzten Generalversammlung gab, konnte festgestellt werden, daß zwar gut gearbeitet worden, aber doch noch vieles nachzuholen ist. Hauptsächlich haben familiäre Umwenden die richtige Lehre aus den Worten des Vorsitzenden gezogen. Das möchten wir namentlich wünschen bezüglich der Rede des Herrn Präses Guggenars, die so manche schöne Winke und kräftige Aufmunterung bot. Die Wahlen ergaben die Wiederwahl der alten Ausschußmitglieder.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die Arbeitersekretäre der evangelisch-nationalen Arbeitervereinsbewegung Mitteldeutschlands hielten am 1. und 2. Februar ihre Quartalkonferenz in Chemnitz und Leipzig unter Leitung des bekannten Führers der nationalen Arbeiterbewegung, Pastor Richter, Königswalde i. Erzg., ab, bei der die Besprechung der Reichstagswahlen und der Tätigkeit der Arbeitervereine gelegentlich derselben einen breiten Spielraum einnahm. Die Arbeitervereine haben überall eifrig in die Wahlarbeit eingegriffen. Durchgängig ist in den Orten, in denen die Arbeitervereine vertreten sind, ein Anwachsen der nationalen Stimmen gegenüber den sozialdemokratischen zu beobachten gewesen; viele Vereine hatten während des Wahlkampfes einen starken Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Am Schluß der Besprechung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Sekretärskonferenz stellt fest, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten durchaus nicht alle, ja nicht einmal in der Mehrzahl dem Arbeiterstande direkt oder indirekt angehören, obwohl die Sozialdemokratie ihrerseits sich als die einzige Arbeiterpartei hinstellt. Andererseits hält es die Konferenz für direkt notwendig, daß der Arbeiterstand durch Angehörige im Reichstag vertreten wird. Der Arbeiter ist in allen Arbeiterfragen, die einen breiten Spielraum der inneren Politik einnehmen, Sachverständiger, er ist zugleich auch der gegebene Vertreter der breiten Masse des Volkes. Die Sekretärskonferenz erkennt dankbar an, daß einzelne nationale politische Parteien ernstlich bemüht gewesen sind, Vertreter des Arbeiterstandes als ihre Kandidaten zum Teil mit Erfolg in den Reichstag zu bringen. Sie hält es aber für notwendig, daß in Zukunft mehr als bisher der Versuch gemacht wird, der nationalen Arbeiterbewegung Vertretung im Reichs- und Landesparlament zu schaffen.“

Ein „Kinderamt“ in den Vereinigten Staaten von Amerika? In den Vereinigten Staaten von Amerika sind Bestrebungen im Gange, die darauf abzielen, ein besonderes „Kinderamt“ einzurichten. In einer Kommission der gesetzgebenden Körperschaft, die sich mit einem darauf abzielenden Gesetzesvorschlag beschäftigte, wurde die Idee sehr günstig aufgenommen. Es wurde ausgeführt: Wenn der Staat, wie es zweckmäßig und nützlich ist, für alle möglichen Angelegenheiten Statistiken aufnimmt, Umfragen veranstaltet, Material sammelt und verbreitet, wie z. B. über den Umfang der Produktion in der Landwirtschaft und in der Industrie, so sei es erst recht angebracht, sich über das Leben, über die Gesundheitsverhältnisse usw. der Kinder, also der Zukunft des Volkes, zu orientieren. Namentlich müsse sich die Staatsverwaltung über die Kinderarbeit und über deren schädliche Folgen einen Ueberblick verschaffen, um Abhilfe eintreten lassen zu können. Auch die Erziehungsangelegenheiten, sowie alles, was in größerem Umfange auf die Entwicklung der Kindergewelt Bezug hat, soll dem „Kinderamt“ untergeordnet werden. Von der Kommission ist der Entwurf dem Repräsentantenhaus zur Annahme empfohlen worden.

Nach den gemachten Vorschlägen soll das „Kinderamt“ beim Ministerium für Handel und Arbeit als besonderes Departement angegliedert werden.

Briefkasten.

Glauchau. Bericht kam für diese Nr. zu spät. Frl. Gräß. Greden. Ausführliche Beantwortung deiner Anfrage folgt in der nächsten Nummer.

Vogels. Die bedeutendste Spinnstadt Deutschlands ist nach den Angaben von Prof. Doppel Szonau i. Bessl. Sie zählt die größten Spinnereien und meisten Spindeln. Die größten Spinnereien auf dem europäischen Festlande hat Rußland.

Herk. Eine Verammlungsanzeige war leider liegen geblieben. Ihr müßt Anzeige für den Verammlungskalender in Zukunft auf den vorgedruckten Karten schreiben und sie direkt an die Druckerei schicken. Wenn Ihr solche Dinge auf einem kleinen feinen Papier meldet und stellt den dann noch mit anderen Sachen zusammen, dann laßt Ihr immer Gefahr, ihren Zweck nicht erreicht zu sehen.

Versammlungskalender.

- Cottbus. 25. Febr., 6 Uhr, im evangelischen Vereinshaus, 6. Stiftnassfest.
- Gera. 2. März, 1/2 9 Uhr, im Lokale Kronprinz.
- M.-Glabbadach-Eifen. 25. Febr., 6 1/4 Uhr, bei Heim. Nießen, Gickenerstr. 101.
- Stasbeck. 20. Febr., 5 1/2 Uhr, bei Frau Ww. Gahnen, Generalversammlung.
- Hof a. d. Saale. 17. Febr., 1/2 9 Uhr, bei Steubert, Wiesenbergerstraße 2.
- Neuwerk. 17. Febr., 8 1/2 Uhr, bei Anton Rommerskirchen, Vertrauensmännerversammlung.
- Rhehdt. 25. Febr., 11 Uhr, bei Albert Paffen, Obentirchnerstraße 35.

Sterbe-Tafel.

- Es starben die Verbandsmitglieder:
- Frau Liebermann in Wehr.
 - Ewald Müller in Ronsdorf.
 - Ferdinand Schmitz in Werden.
 - Eugenie Rueb in Mühlhausen i. Els.
 - August Simons in Odenkirchen.
 - Wilhelm Vergers in Ochtrup.
 - Andreas Bächer in Rothau.
 - Martin Formell in M.-Glabbadach.
 - Louis Feustel in Greiz.
 - Johann Krings in M.-Glabbadach.
 - Leonard Schrörs in Amern St. Georg.
- Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Liste der gewerblichen Gifte und anderer gesundheitsschädlicher Stoffe, die in der Industrie Verwendung finden. Nach den Beschlüssen des Komitees der Internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeitersch., entworfen von Prof. Dr. Th. Sommerfeld und Gewerberat Dr. R. Fischer. Redigiert durch den ständigen hygienischen Beirat der Internationalen Vereinigung. Jena, Verlag von Gustav Fischer, 1912. Preis 1 M. — Fr. 1,25.

Die Internationale Vereinigung für geistlichen Arbeitersch. hat von Anfang an in ihr Arbeitsprogramm auch den Schutz der durch gewerbliche Gifte gefährdeten Arbeiter aufgenommen. Sie hat es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachtet, geeignete Grundlagen zu schaffen, auf welchen sich eine wirksame Gesetzgebung zu gedachtem Zwecke aufbauen könnte. Diese Bestrebungen gaben Anlaß zu umfassenden Erörterungen und eingehenden Untersuchungen der auf diesem schwierigen Gebiete auftauchenden Fragen. Dabei spielen unter anderen die Anzeigepflicht für gewerbliche Vergiftungen sowie für die Erzeugung und Verwendung gewerblicher Gifte, die Aufmachung von Krankheitsstatistiken über besonders gefährdete Betriebe, die anzustrebende gewerbehygienische Ausbildung und Schulung der Ärzte, die sachmännliche Beaufsichtigung der gesundheitsgefährlichen Betriebe und die Regelung der Arbeitszeiten der Gifstarbeiter eine besondere Rolle. Die Behandlung dieser und ähnlicher Fragen ließ selbstverständlich ein Verzeichnis der Stoffe mit ausgesprochenem Giftcharakter wünschenswert erscheinen.

Diese „Giftliste“ liegt nun vor und die Namen der Fachmänner aller Länder, die bei ihrer Bearbeitung beteiligt waren, leisteten für ihre sorgfältige Bearbeitung volle Gewähr. Sie enthält zunächst eine kurze Geschichte dieser Bestrebungen, sodann ein alphabetisches Verzeichnis der Gewerbegifte. Die Industriezweige, in denen eine Vergiftung in Frage kommt, die Art und der Ort der Einwirkung des Giftes, die Vergiftungserscheinungen, sowie die besonderen Maßnahmen gegen die Vergiftung werden hier erörtert. Eine Reihe von Leitfäden aus der Feder Gewerberat Dr. Fischers (Berlin) über die Stellungnahme der Betriebsleitungen und der Ärzte zu dieser Frage bildet den Abschluß zu dieser Arbeit. Auf 30 Seiten wird in ihr der gegenwärtige Stand des gewerbeärztlichen Wissensbestandes über Vergiftungen komprimiert und die Grundlage für weitere sachkundige Bestrebungen zur Bekämpfung der industriellen Vergiftungen in allen Ländern geschaffen. Die Giftliste wird den Krankenkassen, den Gewerbeärzten, den Aufsichtsbeamten, den Betriebsleitern giftverwendender Betriebe, den Gewerkschaften sowie den Arbeitern der giftverwendenden Betriebe selbst wertvolle Dienste erweisen.

Inhaltsverzeichnis.

- Wollen und Wirken. — Artikel: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften. — Die deutsche Textilindustrie und ihre ausländische Konkurrenz. — Die neue gesetzliche Lage der Hilfskassen. — Familienschiedliche großbetrieblicher Fabrikmädchen. — Feniketon: Die Baumwollspinnmaschine. — Allgemeine Rundschau: Ein Bischofswort für die christlichen Gewerkschaften. — Schutz der Arbeitswilliger. — Auch ein „Erfolg“ des roten Wahlzuges. — Unkenntnis oder Unwahrhaftigkeit. — Der hereingefallene „Textilarbeiter“. — Vorteile der Versicherungen durch den Wegfall der Beitragsentlastungen im Heiratsfalle. — Die roten Volksbetrüger. — Die Krankenversicherung im Jahre 1910. — Ihr bangt vor dem Siege. — Was nun? — Der sozialdemokratische Terrorismus im Buchdruckgewerbe. — Aus unserer Industrie: Rundschau auf dem Textilmarkt. — Aus dem Verbandsgebiete: Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Nachen. — Forst (Lautz). — Berichte aus den Ortsgruppen: Burscheid. — Cuxen. — Grottau (Lautz). — Forchheim i. S. — Gera (Neuß). — M.-Glabbadach. — Oronau. — Gütersloh. — Hardt. — Gausen (Baden). — Sehn. — Hof a. d. Saale. — Hünningen i. Els. — Zinnenstadt. — Kaufbeuren. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Die Arbeitersekretäre der evangelisch-nationalen Arbeitervereinsbewegung Mitteldeutschlands. — Ein „Kinderamt“ in den Vereinigten Staaten von Amerika? — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Sterbetafel. — Literarisches.